

ASTA ZEITUNG

U N I F R A N K F U R T - W I N T E R 2 0 2 2



Image Not Found



Hrsg. ASTA der Universität Frankfurt am Main

V. i. S. d. P. ASTA-Vorstand:
Melissa Dutz
Kyra Beninga
Nils Zumkley
Pia Troßbach
Sebastian Heidrich
Mathias Ochs

Anschrift Mertonstr. 26 – 28
60325 Frankfurt a. M.

Web www.asta-frankfurt.de

E-Mail info@asta-frankfurt.de

Redaktion ASTA-Zeitungsreferat:
Finn Gölitzer
Alexander Toumanides
David Höhnerbach
Alexander Kern
Sebastian Schulze

E-Mail zeitung@asta-frankfurt.de

Gestaltung gegenfeuer.net

Druck Bechtle Verlag & Druck

Auflage 46 839

Jahrgang 2022

Die Inhalte der Artikel spiegeln nicht
zwangsläufig die Meinung der Mitglieder
des ASTA oder der Redaktion wieder.
Die Rechte der Artikel liegen bei den Autor*innen.

Eigentumsvorbehalt Liegen bei niemandem. Geben Sie diese
Zeitung jeder x-beliebigen Person
für x Äquivalente weiter.

Bildnachweise Collagen: gegenfeuer.net

Die Bildrechte liegen bei den jeweiligen
Autor*innen oder sind direkt vermerkt.

Editorial

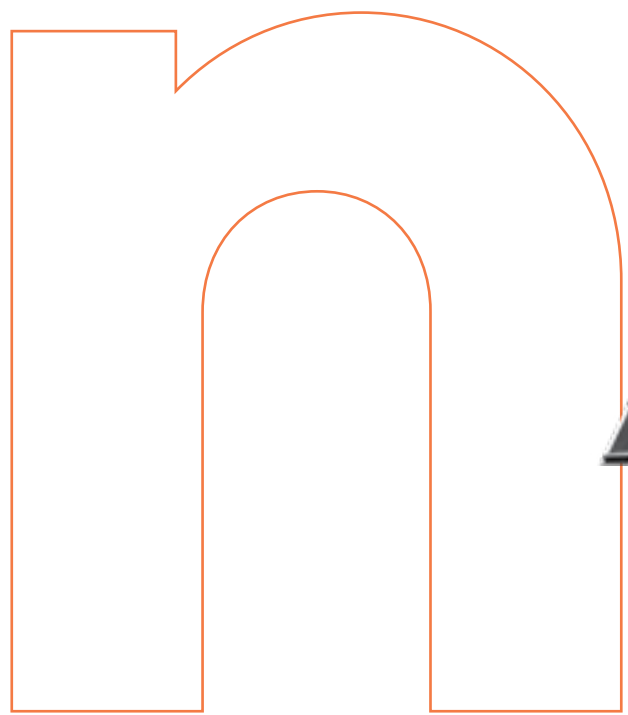
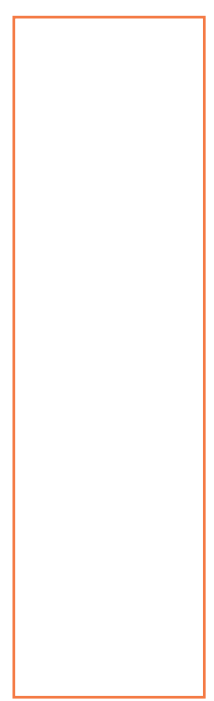
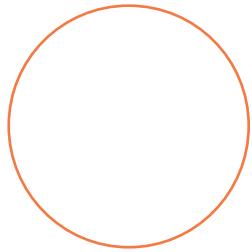
Liebe Leser*innen,
nach längerer Arbeitszeit können wir euch nun endlich die aktuelle Ausgabe präsentieren. Der thematische Schwerpunkt lag dieses Mal auf dem Thema »Digitalisierung«. In zwei Artikeln dieser Ausgabe wird sich deshalb eingehender mit der Frage beschäftigt, welche Auswirkungen die zunehmende Digitalisierung von Lehrinhalten und -formen für die Bildung im Allgemeinen und die Universität im Besonderen hat. Darüber hinaus handelt ein weiterer Artikel von der Möglichkeit eines »kommunistischen Programmierens«. Neben unserem Schwerpunktthema haben wir zusätzlich auch einige andere Inhalte behandelt. In einem Interview mit Nadja Rakowitz zum Beispiel geht es um die diesjährigen Krankenhausproteste und ihre Ursachen. Aus aktuellem Anlass veröffentlichen wir zudem einen Artikel über die bis heute anhaltenden Aufstände im Iran. In eigener Sache wollen wir zum Abschluss zudem noch einen Nachruf auf unseren AStA-Referenten Nico Reichert abdrucken.

Viel Spaß beim Lesen,
Eure Redaktion

**Le combat
continue!**

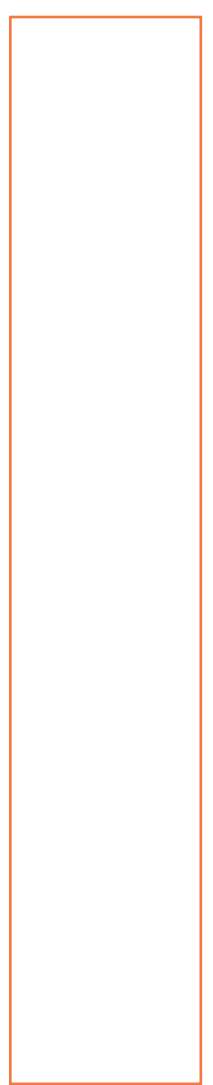
Die Fata Morgana der Digitalisierung

Ø5



Arbeitskämpfe im Krankenhaus

Ø9



Kommunistisches Programmieren?

Ø7



Organisierte Halbbildung

19





Geschichtszeichen

13

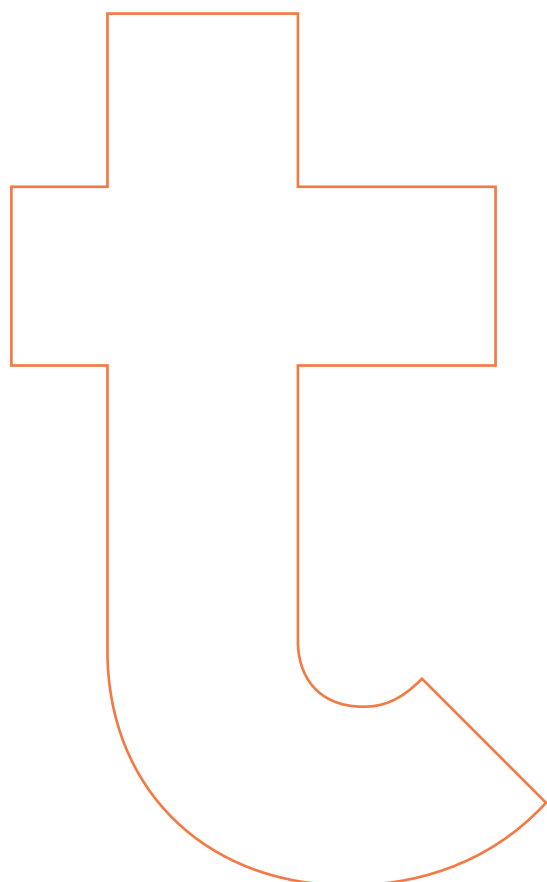
Auf den Spuren jüdischen Widerstands

15

Die junge Protestbewegung im Iran

21

- Ø5 **Die Fata Morgana der Digitalisierung**
Benjamin Lothar Sachs
- Ø7 **Kommunistisches Programmieren?**
Ina Knapp
- Ø9 **Arbeitskämpfe im Krankenhaus**
Redaktion der AStA-Zeitung
- 13 **Geschichtszeichen**
lointain.
- 15 **Auf den Spuren jüdischen Widerstands**
Florine Miez & David Höhnerbach
- 19 **Organisierte Halbbildung**
Kollektiv »Organisierte Halbbildung«
- 21 **Die junge Protestbewegung im Iran**
Farzaneh Irani
- 25 Nachruf:
Nicolas Reichert
- 29 **Call for Papers: »Überwintern:
Kritik & Politik in Zeiten der Kälte«**



Die Fata Morgana der Digitalisierung

Wie der neue Fortschritt zum Rückschritt wird



Die Digitalisierung und ihre Weiterentwicklung hat in der Universität und in anderen Lebensbereichen mittlerweile eine so hohe Relevanz erhalten, dass ihre Abwesenheit fast schon wie eine Unmöglichkeit erscheint. Durch die Corona-Pandemie digitalisierte sich der universitäre Betrieb innerhalb von wenigen Wochen zu einem mehr oder weniger gut funktionierenden Ganzen, welches den Studierenden zwar die Möglichkeit geben konnte, ihre Scheine zu erwerben, aber in Wahrheit niemals einem echten Studium gerecht werden wird. Die Digitalisierung täuscht uns in ihrer eigenen Geschwindigkeit vor, dass es auch von Zuhause aus geht, ohne den direkten Kontakt zu anderen Menschen, ohne die dritte Dimension. Doch indem die dritte Dimension des Lebens fehlt, schneidet der Prozess der Digitalisierung etwas von dem ab, was wir allgemein als ein wahrhaftiges Element der Lebendigkeit begreifen können, die Unverfügbarkeit des Moments, wenn wir im Hörsaal oder im Seminar sitzen und uns mit anderen Menschen auf einer ganz anderen Ebene austauschen



können, als es auf den Bildschirmen via Zoom jemals möglich wäre. Die Digitalisierung ist eine Hilfe und ein Werkzeug, aber niemals ein Ersatz oder eine zweite Realität, in welcher sich Menschen so fühlen und leben können, wie in der analogen Welt. Die Fata Morgana dahinter sieht ganz einfach aus: Im Glauben daran, dass die Vernetzung über das Internet den lückenlosen Zugang zu allen anderen Menschen gewähren könne, das Inhalte problemlos auch über Zoom vermittelt werden können und das die Einschränkung des sozialen Austauschs keinerlei Auswirkungen auf den Lehrbetrieb oder das Leben der Menschen habe, wächst der Gedanke hervor, dass mithilfe der Digitalisierung weitere Ausnahme-Semester in den Griff zu kriegen seien und die Welt eben dadurch immer fortschrittlicher und zukunftsorientierter werde. Der Aberglaube an den immerwährende Fortschritt entlarvt seine eigene Unwahrheit nicht nur in der Klimakrise, in der es auch banal erscheint, immer weiter den Verbrauch zu erhöhen und die Ressourcen nicht zu schonen, sondern auch



bei den Prozessen der Digitalisierung der menschlichen Lebenswelt entpuppt sich ein hinter allem liegender Glaube an die Positivität des Fortschritts. Fortschritt um des Fortschritts willen, ohne Berücksichtigung der Nebenkosten, die er zu tragen hat, müsste selbst dem geschulten Wirtschaftswissenschaftler als fragwürdig erscheinen. Daher entsteht beim Prozess der Digitalisierung der Rückschritt hinter dem Vorhang im Hintergrund. Die Verblendung, dass mithilfe der Digitalisierung ein Fortschritt erreicht sei, enttarnt seine Unwahrheit dann, wenn die Studierenden in ihrer sozialen Einsamkeit realisieren, dass echtes Lernen und wahrhaftes Studieren zunächst den sozialen Austausch



benötigen, um kommunikative Felder zu eröffnen. Digitalisierte Veranstaltungen erheischen zwar den Anschein von Flexibilität, doch dabei vergisst der moderne Mensch schnell, dass es dabei nicht darum geht, das Studium als Priorität zu setzen, weil dann wahrhaft die Präsenz um des Studierens willen wahrgenommen werden würde. Vielmehr vereinfacht die Digitalisierung das Studium für diejenigen, die sich nicht mit voller Leidenschaft ihrer Tätigkeit in der Universität widmen möchten. Studieren wird zur Kulturindustrie der Massen und der Fließbandabfertigung von Scheinen, wie ehemals die Noten im Abitur. Die Digitalisierung verstärkt somit die Tendenz, das Studium schnellstmöglich um des Abschlusses willen abzuschließen, aber nicht um seiner selbst willen und um der entstehenden Bildung willen zu betreiben. Diese Tendenz erscheint äußerst destruktiv am Horizont des angeblich erreichten Fortschritts, weil wahrer Fortschritt in Wirklichkeit dann erreicht wäre, wenn mehr Studierende ihr Studium mit Leidenschaft und Passion angehen würden



und nicht stumpf mit den Kacheln im Zoom-Meeting als Zeit-Absitzen vor sich hindümpelnd, einfach nur abarbeiten wollen, so wie die Arbeit im Einzelhandel oder an der Theke am Wochenende. Der Rückschritt wird dort offenbar, wo durch Digitalisierungsprozesse die Vereinfachung und die ersparte Zeit den modernen Menschen dazu treiben, das Studium weniger ernst zu nehmen, als er oder sie es sollten. Der Rückschritt blitzt auch dort am Himmel auf, wo Menschen psychische Beschwerden erleiden, verursacht durch den Mangel an Kontakt und sozialem Austausch, welcher durch digitalisierte Lebenswelten deutlich abnimmt und fast schon als nicht mehr notwendig erscheint. Doch in Wahrheit ist und bleibt der Mensch immer ein soziales Wesen und die Rede vom *zoon politikon* des Aristoteles entpuppt sich hier als ein immer wiederkehrender Stein der Weisen. Soziale Bedürfnisse werden ausgeblendet und ignoriert, der Mensch kehrt sich ins Innere zurück und das Bedürfnis nach Kontakt und Austausch scheint bei manchen Studierenden sogar



zu verkümmern. Doch in der zunehmenden Einsamkeit und Isolation müssen sich die nicht gestillten Bedürfnisse zwangsläufig im Inneren entladen und zu Konflikten führen. Psychotherapeuten haben nur sehr begrenzte Kapazitäten und die Digitalisierung hilft nicht wirklich bei der Verminderung der Patienten/innen-Zahl. Immer mehr Studierende sehen sich gezwungen eine Behandlung in Betracht zu ziehen, weil nicht nur die Pandemie Narben hinterlässt, sondern am Ende des Tages auch der Fortschritt der Digitalisierung sich als sozialer Rückschritt enttarnt. Hinter dem Verblendungszusammenhang des Positiven scheint etwas von der Destruktivität auf, die wir dann begreifen, wenn wir sehen wie viele junge Menschen durch den Ersatz der realen Lebenswelt im digitalisierten Raum, immer einsamer und isolierter in ihrer Lebenswelt von außen abgeschottet werden. Durch die digitalisierte Lebenswelt versinkt der moderne Mensch gerne in einer alltäglich wahrnehmbaren Bequemlichkeit, während dadurch etwas von dem eingepreist wird, was eigentlich zu realisieren wäre, ein Studium, das den Menschen erfüllt und von jenem mit intrinsischer Motivation gelebt wird. Die Digitalisierung macht denjenigen das Studium leichter und erscheint solchen als Fortschritt, welche das Studium als Abarbeitung am Fließband betrachten, wie ehemals das Abitur an der Schule. Sie brennen nicht wirklich für ihr Studium, oder möchten weniger Zeit als wahrhaft nötig in das Studium investieren. Daher erscheinen die Online-Veranstaltungen nun für viele attraktiver, doch in Wahrheit wäre zu fragen, *warum* es attraktiver erscheint und ob sich nicht hinter der Maske des ständigen Fortschritts ein Rückschritt verbirgt. Wenn digitalisierte Prozesse einen wahren Fortschritt bergen möchten, ohne sich selbst wieder in einen Rückschritt zu verkehren, wie es gegenwärtig geschieht, kommt es auf *die Frage des Warum* an.

Benjamin Lothar Sachs

```

> # We can use the print() function
> print("Hello Marx!")
[1] "Hello Marx!"
> # Quotes can be suppressed in the output
> print("Hello Marx!", quote = FALSE)
[1] Hello Marx!
> # If there are more than 1 item, we can concatenate using paste()
> print("How are you?", "How are you?")
[1] "How are you?

```

Kommunistisches Programmieren?

Zum Einsatz von auf Data Science ausgelegten Open-Source-Programmiersprachen wie R und Python in den Gesellschaftswissenschaften.

Die neoliberale Profitlogik an der Universität mag dem Lehren von Programmiersprachen wie R und Python Vorschub leisten, aber möglicherweise ist sie auch ein Grund, warum sich viele Studierende mit dem Lernen dieser Sprachen so schwer tun. Gleichzeitig wohnt dem Programmieren nicht nur inhaltlich, sondern auch in der Grundstruktur von Open-Source-Sprachen emanzipatorisches Potenzial inne.

```

> x
[1] 7 1 8 3 2 6 5 2 2 4
> # sort in ascending order
> sort(x)
[1] 1 2 2 2 3 4 5 6 7 8
> # sort in descending order
> sort(x, decreasing=TRUE)
[1] 8 7 6 5 4 3 2 2 1
> # vector x remains unaffected
> x
[1] 7 1 8 3 2 6 5 2 2 4

```



Viele, auch an sich quantitativer Forschung zugeneigte Studierende, entscheiden sich gegenwärtig gegen das Lernen von Programmiersprachen wie R und Python, trotz Versuchen der Universität, es zu fördern. Für Anfänger*innen scheinen solche Sprachen schwerer zu bedienen als ein Programm wie Excel oder SPSS. Bei letzteren klickt man auf ein paar Tasten, dann erhält man ein Ergebnis. In einer Programmiersprache hingegen, wie der Name es schon sagt, schreibt man. Man tut zwar oft genug genau dasselbe (und genau deswegen stehen so viele Studierende vor der Entscheidung, was von beiden sie machen möchten) – statistische Methoden anwenden, Graphen erstellen und ähnliches. Aber es fühlt sich anders an. Schwerer, finden die meisten. Und so entschieden sich viele dagegen.

Programmieren und Fehler machen

Wahr; Programmiersprachen verzeihen keine Fehler. Ein Programm, geschrieben in R oder Python, in dem eine Klammer einmal geöffnet und nicht wieder geschlossen wurde, in dem ein Komma oder ein Semikolon falsch gesetzt wurde, funktioniert meist augenblicklich gar nicht mehr. Aber das System gibt dann eine (wenn auch leider oft unverständlich formulierte) Rückmeldung, wo das Problem liegt.

Gerade darum, argumentieren Enthusiast*innen, haben Programmiersprachen aber so viel Potenzial. Beim Schreiben eines Programms kann mehr schief gehen als beim bloßen Klicken auf vorprogrammierte Tasten. Aber ein selbstgeschriebenes Programm bietet auch mehr Freiraum – beides sind zwei Seiten derselben Medaille. Freiraum gibt es nur dort, wo man auch scheitern kann und darf.

Denn Scheitern ist beim Lernen einer Programmiersprache nicht nur normal, man kann sogar argumentieren, dass das Scheitern selbst der Lernprozess ist. Wer eine Programmiersprache lernen möchte, der kommt mit reinem Auswendiglernen nicht weit. Man muss verstehen, was man eigentlich tut – eine in der Zeit des Fokus auf wirtschaftlich verwertbare, ‚praktische‘ Fähigkeiten als geradezu verschwenderisch zeitaufwendig betrachtete Eigenschaft. In einer Programmiersprache gibt es zwar Fehler, die das Programm stoppen können, aber auch nahezu immer mehr als einen richtigen Weg, eine Aufgabe zu erledigen. Programmieren ist eine Kreative Tätigkeit, gerade deswegen leidet sie, wie alles kreative, aber bisweilen unter dem Anspruch, sich doch bitte der wirtschaftlichen Effizienz unterzuordnen. Wozu noch ein Programm schreiben und damit Fehler riskieren, wenn jemand anders schon vorprogrammiert hat, wie man es machen kann, und ein paar Tasten ausreichen, dieselben Routinen im Hintergrund ablaufen zu lassen? (Denn auch Excel ist natürlich programmiert, man

sieht das nur von außen so nicht). Auch auf die Gefahr hin, dass diese Routinen Fehler replizieren.

Da liegt möglicherweise auch der wahre Grund, warum am Ende doch wenige Studierende der Gesellschaftswissenschaften eine Programmiersprache lernen: Sie haben schlicht zu wenig Zeit. Manchmal vielleicht zu wenig Zeit im Sinne der absoluten Dauer, die sie glauben, zu brauchen, bis sie so eine Sprache beherrschen. In noch mehr Fällen dürfte es schlicht zu wenig Zeit für Fehler sein. Denn die Zeit, die im Universitätssystem vorgesehen ist, in Bafög-Reglungen und Regelstudienzeiten, um in ihr nichts Vorzeigbares zu erreichen, die ist gleich null.

Aber der Hauptunterschied zwischen erfahren und unerfahrenen Programmierenden ist nicht, dass erstere weniger Fehler machen, sondern, dass sie sie primär als Informationsquellen über den Ablauf des von ihnen gerade geschriebenen Programms betrachten und nicht als Versagen oder gar als Feind.

Denn solche Fehler werden wegen einer grundsätzlichen Eigenschaft des Systems generiert: Das System weigert sich aktiv, aus seiner Sicht nicht sinnvolle Dinge zu tun.

Das mag personalisierend klingen, und man mag davor warnen, Computer zu ver menschlichen. Natürlich ist ein solches System keine Person. Aber: Es steht eine dahinter, die es entwickelt hat. Auch sie ist nicht unfehlbar, aber die Fehlermeldungen sind eine Zweitmeinung, die sie für den Fall eingebaut hat, dass jemand etwas tut, was aus Sicht der entwickelnden Person nicht sinnvoll ist.

Programme als Kollektivgut

Manchmal kommt es in Programmen auch vor, dass Dinge nicht möglich sind, die möglich sein sollten. Excel etwa schreibt hin und wieder autoritär den Leuten vor, wie sie ihre eigenen Sachen zu interpretieren hätten. Alle, die es schon einmal mit einer Tabellenspalte zu tun hatten, deren Inhalt eine ganz normale Zahlenreihe sein sollte, aber von Excel kontinuierlich als Datum fehlgedeutet wurde, verstehen, dass das Wort ‚autoritär‘ hier nur halb im Scherz verwendet wird. Auch in Programmiersprachen können solche Fehler vorkommen. Aber das kann die programmierende Person ändern. Bei Excel hingegen gibt es für die Lösung des erwähnten Datumsproblems keine Taste, und wofür es keine Taste gibt, da haben die Nutzenden in so einem Programm keine Macht drüber. Ihnen bleibt nichts anderes übrig, als darauf zu hoffen, dass die Leitung der Firma Microsoft das Problem irgendwann erkennt und ein (vermutlich kostenpflichtiges) Update anbietet, um es zu beheben.

In Open-Source-Sprachen wie R und Python können etwas fortgeschrittenere Nutzer*innen ein solches Problem

hingegen nicht nur beheben, sondern auch weniger Erfahrende davon profitieren lassen. An und für sich sind beide Sprachen schlicht im Umfang, aber aus ihren Grundbausteinen lässt sich vieles bauen, und viele Programmierer*innen teilen ihre Funktionen und Programme. Open Source hat vom Prinzip – eine Person schreibt ein Programm, es gehört dann allen – ein bisschen was von Kommunismus, und das nicht nur in der Theorie.

Ja, sie sind nicht ganz einfach zu erlernen. Wer sich aber einmal darauf einlässt, der gewinnt die Erkenntnis, dass eine Programmiersprache genau das ist: Eine Sprache. Was Gesellschaftswissenschaftler*innen in ihr sagen, das ist ihre Entscheidung, die kann und sollte ihnen niemanden abnehmen. Viele der besten in Python und R vorzufindenden Programme und Funktionen sind solche mit Voreinstellungen, die aber von Nutzer*innen leicht modifizierbar sind: Sie machen Vorschläge, aber sie zwingen möglichst wenig auf.

Denn – auch das ist eine Erkenntnis, die wohl für diejenigen weniger überraschend kommt, die an das kreative Potenzial der Menschen glauben – es ist kaum möglich für die Person, die am Anfang einer solchen Entwicklung stand, ihr Ende vorauszu sehen. Dass eine Programmiersprache Anwendungen findet, an die die ursprünglich dahinterstehende Person nicht dachte, die sie vielleicht nicht einmal für möglich hielt, das ist ein fester Teil der sozialen Struktur, die hinter Sprachen wie R und Python steht. Python war ursprünglich nicht für die Forschung konzipiert, und der Erfolg von R liegt wesentlich in den zahlreichen Erweiterungen begründet, die andere Nutzende später ergänzt haben. Wären sie nicht Open-Source, hätten sie niemals den Erfolg gehabt, den sie haben, und das nicht nur, weil die Kosten eine Barriere für potenziell Nutzende darstellen würden.

```
> order(x)
[1] 2 5 8 9 4 10 7 6 1 3
> order(x, decreasing=TRUE)
[1] 3 1 6 7 10 4 5 8 9 2
> x[order(x)] # this will also sort x
[1] 1 2 2 2 3 4 5 6 7 8
```

Arbeitskämpfe im Krankenhaus

In diesem Jahr gab es deutschlandweit Proteste für bessere Arbeitsbedingungen im Gesundheitsbereich. In Frankfurt haben zuletzt Angestellte des Uniklinikums mit begleitenden Aktionen zu den Tarifverhandlungen auf sich aufmerksam gemacht. Wir haben mit Nadja Rakowitz, Soziologin und Geschäftsführerin des Vereins demokratischer Ärztinnen und Ärzte (vdää), über aktuelle Arbeitskämpfe im Gesundheitssektor gesprochen.



»Auf der Seite der Beschäftigten erleben wir, dass sehr viele ihre Stunden reduzieren und nicht mehr Vollzeit arbeiten, weil das kaum zu packen ist.«

Redaktion: Was ist in diesem Jahr an den Krankenhäusern passiert? Woher kommt die Unzufriedenheit der Angestellten im, bzw. wie sehen ihre Arbeitsbedingungen allgemein aus?

Rakowitz: Es gab einen elf Wochen dauernden Streik an sechs Unikliniken in Nordrhein-Westfalen. Das Ziel des Streiks war ein Tarifvertrag Entlastung. Das bedeutet, die Beschäftigten wollen eine tarifvertragliche Regelung darüber haben, wie viele Patienten eine Pflegekraft oder auch ein Angehöriger anderer Berufe maximal versorgen muss/kann. Die Beschäftigten hatten Anfang des Jahres ein Ultimatum von 100 Tagen an die Arbeitgeber gestellt und gedroht, bei Ablauf dieses Ultimatums am 2. Mai in den Streik zu treten, wenn es sonst keine Möglichkeit für Tarifverhandlungen gibt.

Die Arbeitgeber zeigten sich in dieser Auseinandersetzung als sehr hart, die Uniklinik Bonn hat sogar versucht, den Streik gerichtlich zu untersagen. Sie ist aber in zwei Instanzen gescheitert. Das hatte letztes Jahr im Herbst auch schon Vivantes in Berlin versucht - vergeblich. Auch die Charité hatte 2015 versucht, gegen diesen ersten Streik für einen Tarifvertrag Entlastung gerichtlich vorzugehen. Bislang sind alle Arbeitgeber gescheitert, denn wo die Gefährdung der Beschäftigten beginnt, hört die kaufmännische Freiheit auf, so der Berliner Richter. Aber das zeigt einerseits, wie hart die Auseinandersetzungen sind, andererseits zeigt es auch, wie groß der Unmut unter den Beschäftigten in den Krankenhäusern und wie groß ihr Wille zum Kampf ist.

Die Unzufriedenheit der Krankenhausbeschäftigten kommt ganz klar aus den ökonomischen Zwängen, denen die Krankenhäuser seit Einführung der Fallpauschalen unterliegen. Mit den Fallpauschalen wurden Marktverhältnisse im Krankenhaussektor eingeführt. Das heißt, alle Krankenhäuser, egal in welcher Trägerschaft, egal also, ob sie privat, öffentlich oder frei-gemeinnützig sind, müssen wie Unternehmen handeln. Alle betrieblichen Abläufe sind einem kapitalistischen betriebswirtschaftlichen Kalkül unterworfen. Das heißt, das Krankenhaus muss versuchen, möglichst hohe Einnahmen zu generieren und auf der anderen Seite möglichst die Kosten zu drücken. In einem personalintensiven Sektor wie dem Krankenhaus drückt man die Kosten, indem man am Personal spart. Das kann man auf verschiedenen Wegen tun: Man kann zum einen die Fachkraftquote senken und damit Geld sparen, dass man weniger Fachkräfte und mehr Hilfskräfte, die entsprechend schlechter bezahlt werden, anstellt. Das passiert z.B. in der Pflege. Und gerade beobachten wir, dass dies auch bei den Ärzten mit dem sogenannten physician assistants anfängt.

Aber die größten Einsparungen werden schlicht dadurch vorgenommen, dass man die Personaldecke extrem knapp hält. Die Beschäftigten in den Krankenhäusern müssen heute mehr Patienten, die sehr viel kürzere Verweildauern haben, mit weniger Kollegen versorgen. Damit die Krankenhäuser diese Stellschrauben bedienen können, wurden alle Regelungen für Personalquoten abgeschafft.

Wäre das Krankenhaus eine Fabrik, könnten wir von einer unglaublichen Produktivitätssteigerung sprechen. Es handelt sich hier aber um Menschen und um Daseinsvorsorge bei der nicht Quantität sondern Qualität zählen muss. Wir haben in Deutschland Patient/Nurse-Ratios wie in den ärmsten Ländern Europas. Das ist möglich, weil mit der Einführung der Fallpauschalen auch alle gesetzlichen Regelungen von Personalquoten abgeschafft wurden, um so den Krankenhäusern Konkurrenzmechanismen einzurichten. Auf der Seite der Beschäftigten erleben wir, dass sehr viele ihre Stunden reduzieren und nicht mehr Vollzeit arbeiten, weil das kaum zu packen ist. Wir haben in den Krankenhäusern die größte Teilzeitquote in allen Dienstleistungsbereichen in Deutschland. Andere Kollegen reagieren auf diese Zumutungen so, dass sie das Krankenhaus verlassen und sich eine Arbeit in einem anderen Bereich suchen. Je weniger Menschen allerdings im Krankenhaus arbeiten, umso schwieriger werden die Arbeitsbedingungen. Dieser Teufelskreis ist politisch hausgemacht. Es gab neulich eine Studie aus Bremen, die Pflegekräfte, die den Beruf verlassen haben, gefragt haben, ob sie wieder zurückkommen würden ins Krankenhaus. Mindestens 300.000 Vollzeit-Pflegekräfte stünden in Deutschland durch Rückkehr in den Beruf oder Aufstockung der Arbeitszeit zusätzlich zur Verfügung - sofern sich die Arbeitsbedingungen in der Pflege deutlich verbessern.

Die Beschäftigten in Nordrhein-Westfalen haben es nach 11 Wochen geschafft, einen Tarifvertrag zu erreichen der entsprechende Personalquoten für die Pflege regelt, sie haben es aber nicht geschafft, solche Quoten in den anderen Berufsgruppen zu regeln. Auch die Beschäftigten der Uniklinik Frankfurt haben sich jetzt auf diesem Weg gemacht. Sie wollen auch einen Tarifvertrag Entlastung erreichen. Die Verhandlungen laufen. Ob sie ohne Warnstreiks und unbefristeten Streik zu einem befriedigenden Abschluss kommen, darf bezweifelt werden. Das wird sich in den nächsten Wochen entscheiden.

Redaktion: Viele der von dir geschilderten Zustände haben ihren Ursprung in der Ökonomisierung des Gesundheitswesens der 80er Jahre. Seitdem hat sich die Struktur des Gesundheitswesens in Deutschland stark verändert, die Privatisierung des Gesundheitssektors hat auch vor den Krankenhäusern keinen Halt gemacht. Kannst du auf diese Entwicklungen kurz eingehen und schildern, wie sie mit der Unzufriedenheit der Beschäftigten zusammenhängen?

Rakowitz: Die Ökonomisierung und Privatisierung der Krankenhäuser in Deutschland geht meines Erachtens bis in die 70er Jahre zurück. Nach der großen Weltwirtschaftskrise in den 70er Jahren gab es weltweit in vielen kapitalistischen Gesellschaften einen Umbau hin zu neoliberalen Verhältnissen. Das Kapital suchte neue Anlagemöglichkeiten und fand Bereich, die noch nicht vollständig durchkapitalisiert waren, wie den Bildungs- und den Gesundheitssektor. Im Gesundheitswesen sehe ich Chile als erstes Land, in dem dieser Umbau stattgefunden hat: Nach dem Sturz der sozialistischen Regierung Allende und unter der Diktatur von Pinochet kamen direkt die „Chicago Boys“, also die neoliberalen Ökonomen, und reformierten den gesamten Sozialstaat Chiles um. Sowohl die Krankenversicherung als auch die Rentenversicherung und das Bildungssystem wurden größtenteils privatisiert. Wenn es in Chile vor zwei Jahren große soziale Proteste gab, die jetzt in der Konstituierung einer Verfassung münden, dann haben die Leute protestiert gegen die Auswirkungen dieser Politik aus den 70er Jahren. Das ist in den Protesten auch klar artikuliert worden.

Historisch kam dann Margaret Thatcher und hat das für Großbritannien versucht; Ronald Reagan für die USA und in einer soften Variante Helmut Kohl für die Bundesrepublik. Die harten neoliberalen waren in der Bundesrepublik erst die rot grüne Regierung unter Gerhard Schröder und Joschka Fischer. Bezogen auf die Krankenhäuser heißt das konkret: 1984 wurde das Gewinnverbot in den Krankenhäusern abgeschafft. Bis dahin gab es ein gesetzliches Verbot, Gewinne mit dem Betreiben von Krankenhäusern zu machen. Es galt das sogenannte Selbstkostendeckungsprinzip und es gab entsprechend kaum private Konzerne in diesem Sektor. Diese gesetzliche Änderung hat den privaten Konzernbetreibern und Kapitalanlegern signalisiert, dass hier nun Geschäfte zu machen sind. Es hat dann noch von 1984 bis zum Jahr 2004 gedauert, bis letztlich die gesamte Krankenhausfinanzierung auf Markt und Konkurrenz umgestellt war. Ziel war einerseits die Ökonomisierung und andererseits sollten über den Marktmechanismus Krankenhäuser zum Schließen gezwungen werden.

Im Jahr 2004 wurden die diagnosebezogenen Fallpauschalen eingeführt und mit ihnen die Konkurrenz der Krankenhäuser miteinander. Seitdem muss jedes Krankenhaus agieren, als ob es ein kapitalistisches Unternehmen wäre. Sie müssen auf der einen Seite Kosten einsparen, das geht vor allem beim Personal und beim Pflegepersonal, weil das der größte Posten ist. Und zum anderen muss versucht werden, auf Gedeih und Verderb Einnahmen zu kreieren. Das kann man unter DRG-Bedingungen nur, indem man möglichst viele Patienten generiert. Deshalb sind seit 2004 die Fallzahlen in den Krankenhäusern um ca. 5 Millionen Fälle gestiegen, während gleichzeitig die Verweildauer sich halbiert hat und die Zahl der Beschäftigten zunächst drastisch gesunken ist und jetzt gerade mühsam wieder ein wenig aufgebaut wird. Wir haben aber heute trotz dieser Fallzahlen immer noch weniger Personal als in den 90er Jahren.

»Bezogen auf die Krankenhäuser heißt das konkret: 1984 wurde das Gewinnverbot in den Krankenhäusern abgeschafft. Bis dahin gab es ein gesetzliches Verbot, Gewinne mit dem Betreiben von Krankenhäusern zu machen.«



Redaktion: Im Fokus der Proteste standen nun vor allem Forderungen nach mehr Personal und einer besseren Entlohnung. Das sind sicher wichtige politische Ziele. Wie aber kann eine linke Kritik des Gesundheitswesens aussehen, die über Verteilungsfragen hinausgeht?

Ich sehe das ein wenig anders. Im Fokus der Proteste stehen eindeutig die Forderungen nach mehr Personal (und einer anderen Finanzierung der Krankenhäuser). Die Forderung nach besserer Entlohnung ist zwar auch wichtig, sie steht aber im Moment nicht im Fokus der Kämpfe im Krankenhaus, auch wenn es dort ebenfalls massives Lohndumping gibt. Insofern geht meiner Erfahrung nach der Protest der Beschäftigten aktuell sowieso schon über „bloße Verteilungsfragen“ hinaus. Die Kollegen thematisieren und kritisieren das Diktat der Ökonomie im Krankenhaus und kämpfen für bedarfsgerechte Daseinsvorsorge. Dabei wissen viele und sie sprechen das auch aus, dass dies bedeutet, zumindest in den Krankenhäusern kapitalistische Prinzipien möglichst weitgehend außer Kraft zu setzen. Die Forderung nach Selbstkostendeckung wie auch die Forderung nach bedarfsgerechten Personalquoten steht im Widerspruch zu kapitalistischen Marktverhältnissen. Schaut euch die Pressekonferenz nach dem – erfolgreichen – Streik in NRW an und ihr seht, wie klar das den Beschäftigten ist bzw. in diese Auseinandersetzung geworden ist. Gerade am Gesundheitswesen und aktuell besonders am Krankenhaus kann man meines Erachtens sehr gut zeigen, wie irrational und menschenverachtend die kapitalistische Ordnung ist.

Eine linke Kritik muss allerdings darüber hinausgehen, bloß zu fordern, dass die Krankenhäuser oder der Gesundheitssektor von kapitalistischen Mechanismen verschont bleiben sollen, denn sie muss zeigen, dass man einzelne gesellschaftliche Bereiche auf Dauer nicht davor schützen kann, dem Kapital subsumiert zu werden. Dafür ist der ökonomische Druck zu groß.

In Berlin beim Streik vom Vivantes und Charité im letzten Herbst gingen die Diskussionen auch schon weit über das Gesundheitswesen hinaus. So gab es eine Veranstaltung zusammen mit Vertretern der Bewegung „Deutsche Wohnen und Co. Enteignen“, bei der diskutiert wurde, wie die politische Dynamik dieser Bewegung, die ja die Mehrheit der Bevölkerung in Berlin dazu gebracht hat, die Enteignung der großen Immobilienkonzerne zu fordern, auf das Gesundheitswesen übertragen werden könnte. Die Probleme im Gesundheitswesen sind aber komplizierter, denn hier agieren öffentliche Krankenhäuser wie private. Die Forderung nach Enteignung und Überführung in öffentliche Hand läuft bei diesen Häusern ins Leere. Wiederaeignung der öffentlichen Häuser durch die an Daseinsvorsorge interessierten Teile der Gesellschaft ist hier angesagt. Das geht aber nur mit einem Systemwechsel im gesamten Krankenhaussektor.

Die von euch kritisierte bloße Verteilungsfrage wird hier durchaus antikapitalistisch im Sinne von der Frage nach dem Eigentum an Produktionsmitteln und der nach der kapitalistischen Akkumulationsdynamik andererseits diskutiert – und nicht nur im Sinne der Verteilung des produzierten Reichtums auf die Konsumenten. Außerdem fand und findet in diesen Streiks in den Krankenhäusern auch etwas statt, was man als Demokratisierung der Tarifverhandlungen verstehen könnte in der Hinsicht, dass die Beschäftigten selbst verhandeln mit den Arbeitgebern und nicht bloß eine von der Gewerkschaft zusammengestellte Kommission. Das heißt, wir haben in all diesen Streiks immer auch schon Momente von demokratischer Selbstorganisation. Das sind freilich nur Momente oder man könnte sagen: Hier werden kurz auch mal Türen aufgemacht zur Vorstellung von anderer gesellschaftlicher Produktion, die im krassen Gegensatz zu den Vorhaben der neoliberalen Gesundheitspolitiker und -Ökonomen stehen.

Abschließend: Welche Formen der politischen Organisation erachtest du für den Gesundheitssektor im Allgemeinen und an den Krankenhäusern im Besonderen als sinnvoll? Welche Voraussetzungen bringt der Streik dort mit sich?

Ich würde mich hier beschränken auf den Bereich der Krankenhäuser, denn im ambulanten Sektor gibt es andere Verhältnisse. Dort haben wir viele Kleinunternehmer, wo sich die Frage des Streiks erstmal gar nicht stellt – auch wenn die Ärzte es manchmal so nennen, wenn sie rechtswidrig ihre Arbeit verweigern und ihre Praxen aus sachwidrigen Gründen schließen. Streiks im Krankenhaus sehen aktuell so aus wie die in NRW oder letztes Jahr bei Vivantes und Charité und in all den anderen Kliniken, in denen um einen Tarifvertrag Entlastung gekämpft wurde. Zunächst einmal ist es natürlich wichtig, dass die Kollegen überhaupt streiken wollen, es geht also um betriebliche und politische Mobilisierung. Da haben in den Krankenhäusern in den letzten Jahren bestimmte Organizing Konzepte sehr gut geholfen. Wenn die Belegschaft soweit ist, dass zumindest einzelne Stationen streikbereit sind, dann kündigt die Gewerkschaft den Streik an und versucht, mit dem Arbeitgeber eine Notdienstvereinbarung zu verabreden. Streiks in den Krankenhäusern sind aktuell nur noch möglich, wenn man Betten oder ganze Stationen vorher räumt. Deshalb macht ver.di das so, dass sie eine Stationsschließung durch Streik 7 Tage vorher ankündigen, so dass der Arbeitgeber genügend Zeit hat, die Station zu räumen und die Patienten zu verlegen. Geht es nur um einzelne Betten, ist die Frist entsprechend kürzer. So ist gewährleistet, dass keine Patienten zu Schaden kommen. Für die Krankenhausführung ist das allerdings nur möglich, indem sie sogenannte elektive Eingriffe absagen und verschieben auf die Zeit nach dem Streik. Für die Notversorgung ist immer gesorgt und das hat bislang noch nie ein Problem gegeben, Notfälle zu versorgen. Die Verhandlungen mit den Arbeitgebern laufen dann so, dass es auf Seiten der Arbeitnehmer nicht nur die übliche Tarifkommission gibt sondern für möglichst alle Stationen sogenannte Team Delegierte, die alle Entwicklungen der Verhandlungen mit den Kollegen auf Station besprechen und so der Tarifkommission ein Feedback geben, was die Beschäftigten vom aktuellen Stand der Dinge halten. Wir haben hier also sowohl eine Demokratisierung der Tarifarbeit als auch eine Form von Selbstermächtigung der Beschäftigten. Diese wird noch verstärkt durch die Bildungs-Aktivitäten, die während des Streiks organisiert werden. Fast bei jedem Streik gab es eine sogenannte Streik-Uni, bei der es verschiedene Workshops gab z.B. zur Ökonomisierung des Gesundheitswesens, zur Geschichte der Krankenhausfinanzierung, zu gesundheitspolitischen und gewerkschaftspolitischen Fragen etc. Wir erleben hier im Prozesse der Wortergreifung durch die arbeitende Klasse und dies in einem Bereich in dem noch vor kurzem an Streiks nicht zu denken war.



Geschichtszeichen

Mit freundlicher Genehmigung der Redaktion der Zeitschrift *lointain* drucken wir vorab das Editorial der im Herbst erscheinenden dritten Ausgabe.



Ein Geschichtszeichen ist ein Zeichen, das uns die Geschichte über sich selbst gibt. So definiert es Kant. Die Begeisterung über die Französische Revolution zeige, dass die Moral der Menschheit voranschreite und ein bestimmtes Niveau nicht mehr unterschritten werde. Natürlich ist das Ideologie. Fortschrittsideologie, mit dem Kolonialismus ebenso verbündet wie mit den napoleonischen Kriegen. Doch die Geschichte hatte eine Richtung und diese Diagnose eine Wahrheit: Der Fortschritt der Produktivkräfte zerriss die buntscheckigen Bande und rottete, mit Hegel gesprochen, die alte Moral mit Stumpf und Stiel aus. Hegel wusste sich auf der Seite der Geschichte, inmitten einer historischen Epoche, die im Begriffe war, die »bisherige Welt [...] in die Vergangenheit hinab zu versenken«.

Geschichte ist notwendig, das Notwendige ist Geschichte. So bringt Engels sinngemäß die Hegelsche Diagnose auf den Punkt, um den eigenen Materialismus – das ausformulierte Bewusstsein der Arbeiterklasse – an die Spitze einer geschichtlichen Entwicklung zu setzen, die

zwar – »history proceeds by its bad side« (Marx) – verheerend ist, aber darin gerade auch die Potentiale zur Organisation ihrer Umwendung enthält. Die bürgerlichen Philosophen hatten die Geschichte als Objekt der Betrachtung gefunden, der Marxismus den Schlüssel zu ihrem Verständnis: Der »Kontinent der Geschichte« (Althusser) konnte bereist und vermessen werden. Und wie schon für Thomas die Zeit, war auch für Kant und dann Lenin der Moment der Geschichte immer jetzt: für jenen als Zuschauer, für diesen als Protagonisten. Wo bei Kant die Geschichte Objekt der Bewertung ist, ist sie bei Lenin die Triebkraft im Hintergrund, die der Revolutionärin bei der Organisation der äußersten Verdichtung globaler Tendenzen im Stadtzentrum Petrograds am Ende Recht geben wird.

Und weil die Sieger die Geschichte schreiben, wurde sie nach 1990 dekonstruiert, problematisiert und in ihr altes Versteck zurückgebracht. Seitdem liegen die Klassiker, wie Heiner Müller über seine Stücke sagt, herum und warten. Das alles mit guten Argumenten: Geschichte ist ein Konstrukt, Projektion einer Gegenwart, die sich selbst legitimieren oder anklagen will, eine Geschichte, so wahr oder falsch wie die Mythen der Griechen, Maori oder der Kritischen Theorie. Das alles ist wahr und doch wird über die Brauchbarkeit dieser Diagnose nichts anderes entschieden als – die Geschichte selbst.

Doch der Kontinent der Geschichte ist kein bloßer Gerichtssaal, in dem man mit guten Chancen immer nur aus der bequemen Position einer distanzierten, es stets besserwissenden Beobachterin teilnimmt, für die wenig auf dem Spiel steht. Er ist erstens immer zugleich Überraschungsraum (Joseph Vogl), der sich gerade dann am unberechenbarsten zeigt, wenn seine möglichen Zukünfte am durchsichtigsten beherrscht scheinen und die Welt jederzeit in Folge eigentlich banaler Ereignisse in globale Krisen zu stürzen droht; und er ist zweitens auch der Schauplatz der gespenstischen Wiederkehr eines nur scheinbar Vergangenen, das insistierend die Gegenwart heimsucht. Nicht nur in Gestalt der bekannten, aber keinesfalls harmlosen Farcen, sondern vor allem als traumatisierter Raum (Judith Kasper): Als Erfahrung einer Nichterfahrung und latente Gegenwart eines Vergangenen, das die gesamte topologische Ordnung der Geschichte durchzieht und zuweilen von innen heraus erschüttert.

Julia Wentzlaff-Eggebert verhandelt in ihrem Beitrag die These, dass Kritik heute ihren radikalen Charakter verloren habe. Ausgehend von einer Rekonstruktion des radikalkritischen Impulses bei Kant und Hegel erarbeitet sie einen Kritikbegriff, der »Standpunktkritik«, »Selbstkritik« und »negative Kritik« in sich einschließt. Ein solcher Begriff führt die Kritik auf das Feld der Geschichte und eröffnet ein neues Verhältnis zu ihrem Gegenstand: Die kritische Aufgabe von Philosophie besteht dann darin, den Gegenstand nicht als das Andere zu betrachten, sondern im Objektiven das »subjektive Werden« zum Vorschein zu bringen.

Simon Godart bespricht in seinem Aufsatz verschiedene philosophische Weisen, mit der verlorengegangenen Gewissheit eines ungebrochenen geschichtlichen Fortschritts umzugehen. Während Pierre Bayle diese Diagnose zum Anlass nimmt, die Vorstellung einer übergreifenden Sinnhaftigkeit von Geschichte infrage zu stellen und demgegenüber eine grundsätzliche »Unlesbarkeit der Welt« zu behaupten, plädiert Immanuel Kant für eine Standpunktverschiebung, einen »Sprung« hin zum Standpunkt Gottes, der den geheimen Plan der Vernunft auch noch in den geschichtlichen Irrungen und Fehlritten aufscheinen lässt. So gilt Kant die Französische Revolution als »unvergessliches« Zeichen eines latenten Fortschritts, der auch noch den zukünftigen Zuschauerinnen vor Augen führt, dass eine Neueinrichtung der Welt dereinst möglich war und damit auch möglich bleibt.

In seinem Beitrag bringt **Daniel Bella** den Begriff der »Modulation« gegen das Konzept der Modifikation in Stellung, das Geschichte als kontinuierlichen Zusammenhang versteht. Setzt der Begriff der Modifikation ein historisch invariantes Prinzip voraus, durch das Beziehungen wie die von Mensch-Natur als konstante Kräfteverhältnisse erscheinen, beschreibt die Struktur der Modulation hingegen ein komplexeres Modell geschichtlicher Relationen: Die Relata sind hier nicht als feststehende Entitäten gedacht, sondern als Beziehungsgeflechte, die sich durch ihren gegenseitigen Bezug aufeinander überhaupt erst konstituieren. Geschichte unter der Perspektive der Modulation zu betrachten, ermöglicht es so einerseits zu verstehen, wie solche Verhältnisbestimmungen unter kapitalistischen Bedingungen selbst zur Ware und damit allein unter den Maßstab kurzfristiger Rentabilität gestellt werden. Andererseits geraten in dieser Perspektive zugleich Konstellationen in den Blick, die es den geschichtlich schwächeren Kräften ermöglichen, den stärkeren die Grenzen der eigenen Rationalität aufzuweisen.

Der Aufsatz von **Marcus Döller** versucht, den Begriff des Geschichtszeichens vor dem Hintergrund von Nietzsches Lehre der unendlichen Interpretierbarkeit von Texten zu verstehen. Sowohl die empörende Ablehnung (Burke) als auch die begeisterte Zustimmung (Kant) werden demnach dem Ereignis der Französischen Revolution nicht gerecht, sondern bringen vielmehr das Zeichen (die Revolution) zum Verschwinden, indem sie es als Vergangenes begreifen – und entpolitisieren das Geschehene so. Gegen Kant (und mit Marx) muss die Revolution als etwas verstanden werden, das nicht schon abschließend die »Tendenz der Menschheit zum Guten« in sich trägt, sondern das sich immer wieder selbst unterbrechen muss und neu zu beginnen hat. Die (sozialistische) Revolution hätte daher die interne Entpolitisierung im Akt der (bürgerlichen) Revolution nachzuvollziehen, um eine Politik zu gründen, die das Soziale nicht als vorpolitisch Gegebenes, sondern als selbstbestimmt zu Gestaltendes begreift.

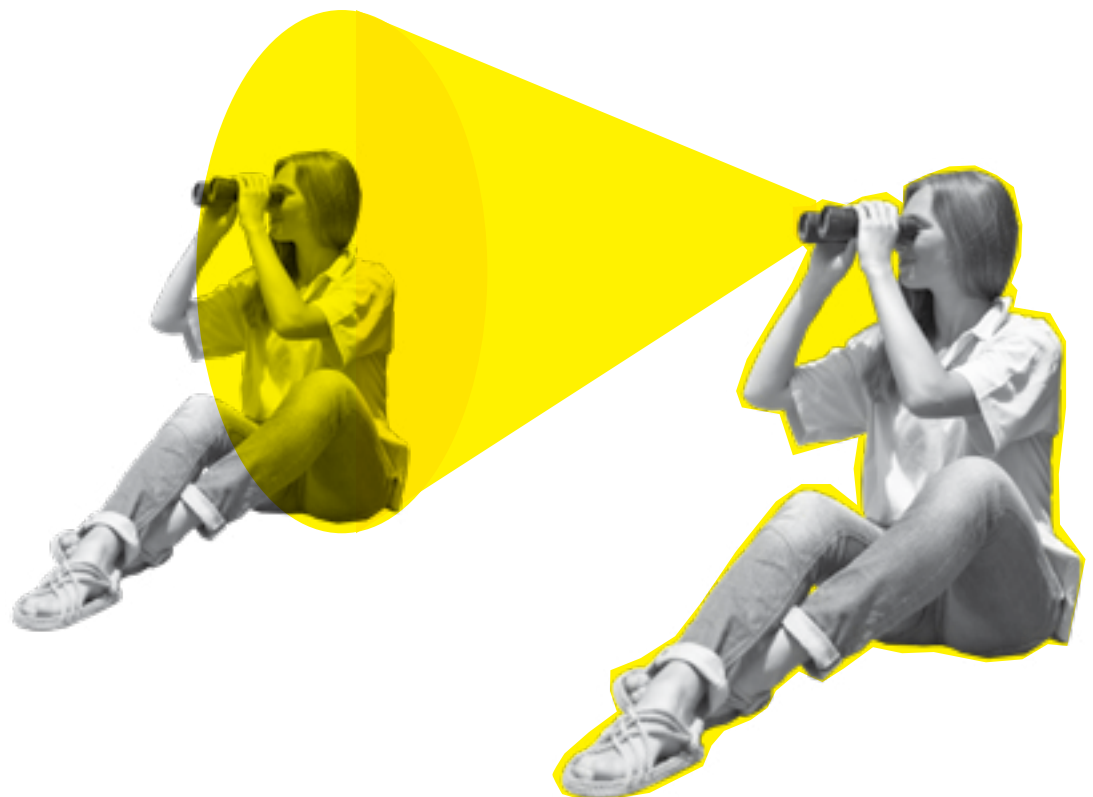
Im Gespräch mit **Judith Kasper** haben wir uns dem Begriff der Geschichte vor dem Hintergrund ihres Buchs *Der traumatisierte Raum* genähert. Das »Geschichtszeichen« erscheint hier als Unterbrechung, die unser Lesen von Geschichte radikal verändert, und der Holocaust als dasjenige Ereignis des 20. Jahrhunderts, das alle Begriffe, mit denen wir gelernt haben, uns in der Welt zu orientieren und unsere Geschichte zu erzählen, grundlegend in Frage stellt. Dabei erweist sich die Literatur als ausgezeichnetes Medium, die traumatische Insistenz der Vergangenheit darzustellen. Wir sprachen mit ihr aber auch über aktuelle politische Entwicklungen und darüber, mit welchen Mitteln das Unbewältigte gegenwärtig in die Latenz abgedrängt wird.

Thema des Interviews mit **Joseph Vogl** ist die spezifische Rationalität des gegenwärtigen Kapitalismus. Ist der Finanzkapitalismus aus einer Ununterscheidbarkeitszone von Staatsapparaten und privaten Finanziers hervorgegangen, so hat der Plattformkapitalismus der Gegenwart diese Entwicklung weiter forciert und so das explanatorische Potential liberaler Theorie grundlegend infrage gestellt. Wir sprachen mit Vogl deshalb über neue Regierungstechnologien, das Verhältnis von Kapital und Ressentiment sowie das Widerstandspotenzial, das sich ausgerechnet in den Herzkammern des alten Liberalismus findet.

Redaktion *lointain*

Die dritte Ausgabe von *lointain. Zeitschrift für Philosophie* mit dem Schwerpunkt *Geschichtszeichen* erscheint im Herbst 2022.

Infos und Bezug über lointain.de.



Auf den Spuren jüdischen Widerstands

Bericht einer Gedenkstättenfahrt
nach Warschau und Lublin



Im Sommersemester fand am Fachbereich 03 ein Autonomes Tutorium zu jüdischem Widerstand gegen den Nationalsozialismus am Beispiel des Generalgouvernements statt. Ein Semester lang setzten wir uns mit Texten und Filmen zu dem Thema auseinander und diskutierten darüber, wie die Zustände in den deutsch besetzten polnischen Gebieten waren, welche Möglichkeiten des Widerstands es gab, und was überhaupt unter dem komplexen Begriff von Widerstand und Widerständigkeit verstanden werden kann. Im Falle des Generalgouvernements lassen sich hier die unterschiedlichsten Widerstandspraktiken nennen: Innerer Widerstand, bewaffneter Widerstand, Aufstände in Mordlagern, aber auch das Anlegen eines Untergrundarchivs im Warschauer Ghetto, um die Nachwelt über die grausamen Zustände zu informieren.

Deutlich wurde dabei auch, dass ein Erinnern an jüdische Widerständigkeit notwendig ist, da im Erinnerungsdiskurs allzu oft die Vorstellung der ermordeten Jüd*innen als wehrlose Opfer vorherrscht. Im Autonomen Tutorium zeigte sich, dass dies keineswegs zutrifft: Jüd*innen haben, teils erbitterten, Widerstand gegen die nationalsozialistischen Mörderbanden geleistet.

Während der Gedenkstättenfahrt setzten wir uns zum Großteil mit den Mordlagern der sogenannten "Aktion Reinhardt" auseinander. Dieser Tarnname steht für die Mordaktion an Jüdinnen*Juden sowie Sinti*zze und Rom*nja im Generalgouvernement zwischen Juli 1942 und Oktober 1943. Zu den Mordlagern zählten Bełżec, Sobibór und Treblinka.

Den ersten Tag der Gedenkstättenfahrt verbrachten wir in Warschau. Im dortigen Jüdischen Historischen Institut wird das Geheimarchiv des Warschauer Ghettos, auch bekannt als Ringelblum-Archiv oder Oneg Schabbat, aufbewahrt. Eine Ausstellung informiert über die Tätigkeiten dieses Untergrundarchivs, dessen Mitglieder unter größter Gefahr Materialien aus dem Ghetto sammelten, um die Nachwelt über die dortigen Zustände zu informieren. Dabei ist sogar eine der Milchkannen ausgestellt, in der Teile des Archivs versteckt wurden; zahlreiche Schriftstücke aus dem Archiv sind sogar im Original ausgestellt.

Unter der Leitung von Emanuel Ringelblum entstand ein äußerst umfangreiches Archiv, das das Leben der Gefangenen im Warschauer Ghetto umfangreich dokumentiert. Als im Juli 1942 die Deportation der Gefangenen ins Mordlager Treblinka begann, wurde das Archiv in Metallkisten und Milchkannen versteckt und im Keller einer Schule eingemauert. Nur drei der am Archiv Beteiligten überlebten - und suchten nach der Befreiung Polens durch die Rote Armee nach den Archivalien, die Ende der 1940er Jahre geborgen werden konnten. Die Zeugnisse geben heute einen Eindruck vom Leben im Ghetto und von den Tätigkeiten des Judenrats.

An den Besuch des Jüdischen Historischen Instituts schloss sich eine Führung durch das Gelände an, auf dem sich das Warschauer Ghetto befand. Bauliche Zeugnisse gibt es dabei kaum noch, dafür aber Markierungen auf dem Boden an der früheren Ghettomauer sowie Mahnmale und Gedenkort - am bekanntesten ist sicherlich jenes für den Ghettoaufstand, an welchem Willy Brandt 1970 auf die Knie fiel. Auch das Mahnmal auf dem Umschlagplatz, also jenem Ort, von dem aus die Deportationen aus dem Ghetto organisiert wurden sowie das Grab und Denkmal an die jüdischen Widerstandskämpfer im Warschauer Ghettoaufstand besuchten wir. Die Stadt Lublin liegt südöstlich von Warschau und ist heute die größte polnische Stadt östlich der Weichsel. Hier begann der zweite Tag der Gedenkstättenfahrt, an dem wir uns hauptsächlich das Areal des ehemaligen jüdischen Ghettos ansahen, während der NS-Zeit eines der ersten im besetzten Polen. Lublin war die Hauptstadt des Distrikts Lublin im Generalgouvernement und somit der Sitz der „Aktion Reinhardt“. Die jüdische Bevölkerung machte im Jahr 1939 mit ca. 40.000 von 120.000 Einwohner*innen 1/4 aus. Lublin galt ehemals als eines der Zentren der Chassidischen Ausprägung des Judentums. Die Talmudschule wurde von den Nationalsozialisten stark zerstört. Heute befindet sich dort ein Museum zum Chassidismus in Europa sowie ein Hotel.

Das jüdische Viertel, in dem sich auch das Ghetto befand, wurde nach der Besetzung komplett zerstört. Daher sieht man heute kaum etwas von der ursprünglichen Bebauung. Nur manche Straßenführungen wurden von der damaligen Zeit übernommen. Die Tour führte uns in das ehemalige Ghetto, das von März 1941 bis April 1942 bestand. Von dort aus wurden

die Jüdinnen*Juden ab März 1942 im Rahmen der „Aktion Reinhardt“ in die Mordlager, vor allem nach Bełżec, deportiert.

Sobibór ist ein kleines Dorf ganz im Osten Polens, direkt an der heutigen Grenze zur Ukraine und zu Belarus. Neben dem Bahnhof, der einige Kilometer vom eigentlichen Dorf entfernt liegt, stehen einige Häuser: In ihnen wohnten einst die deutschen Täter, die das Lager ab März 1942 errichteten. Die meisten deutschen Täter waren zuvor im Rahmen der „Aktion T4“ an der Ermordung von psychisch Kranken im Reichsgebiet beteiligt gewesen. Nun Im Anschluss daran kamen sie ins Generalgouvernement, das erklärte Ziel der „Aktion Reinhardt“ war die Ermordung der polnischen Jüdinnen*Juden



»Die Häuser der Täter sind auch heute noch bewohnt; zwei Personen sitzen im Garten auf einer Hollywoodschaukel.«

Wir nähern uns dem ehemaligen Lagergelände von außen. Die Häuser der Täter sind auch heute noch bewohnt; zwei Personen sitzen im Garten auf einer Hollywoodschaukel. Anhand von Fotos aus einer 2015 aufgefundenen Fotosammlung von Fotos des SS-Untersturmführers Johann Niemann ist es möglich, sich zu orientieren. Seine Fotos Aufnahmen zeigen ein unbeschwertes Leben der deutschen Täter. Akkurat zurecht geschnittene Vorgärten, Schachpartien und Akkordeonmusik, ein lachender Lagerkommandant. Im Mordlager Sobibor wurden in 18 Monaten etwa 300.000 Menschen ermordet.

Die Gedenkstätte in Sobibor ist gerade im Umbau befindlich, dafür informiert ein sehr neues erst kürzlich eröffnetes Museum über das Lager, auch anhand zahlreicher archäologischer Funde von Habseligkeiten der Getöteten. Das Museum informiert zudem ausgiebig über den Aufstand im Lager: Am 14. Oktober 1943 wurden die wichtigsten SS-Männer von den Gefangenen getötet, 200 Gefangenen gelang die Flucht. Hunderte starben im Kugelhagel der Wachmannschaft, nach der Flucht wurden die verbliebenen Gefangenen ermordet und das Lager abgerissen. Ein unscheinbarer Bauernhof sowie eine Aufforstung des Geländes sollte den früheren Zweck des Ortes als Ort der Vernichtung tarnen. Von den 200 Flüchtenden wurde etwa die Hälfte von deutschen Einheiten, die die Wälder um Sobibor durchkämmten, auf der Flucht ermordet, andere schlossen sich Partisan*innengruppen an.

Am Nachmittag besuchten wir einen Gedenkort mitten im Wald: In Zbereże, einige Kilometer südlich von Sobibór, konnte das Bildungswerk Stanisław Hantz gemeinsam mit Überlebenden und lokalen Initiativen einen Gedenkort an

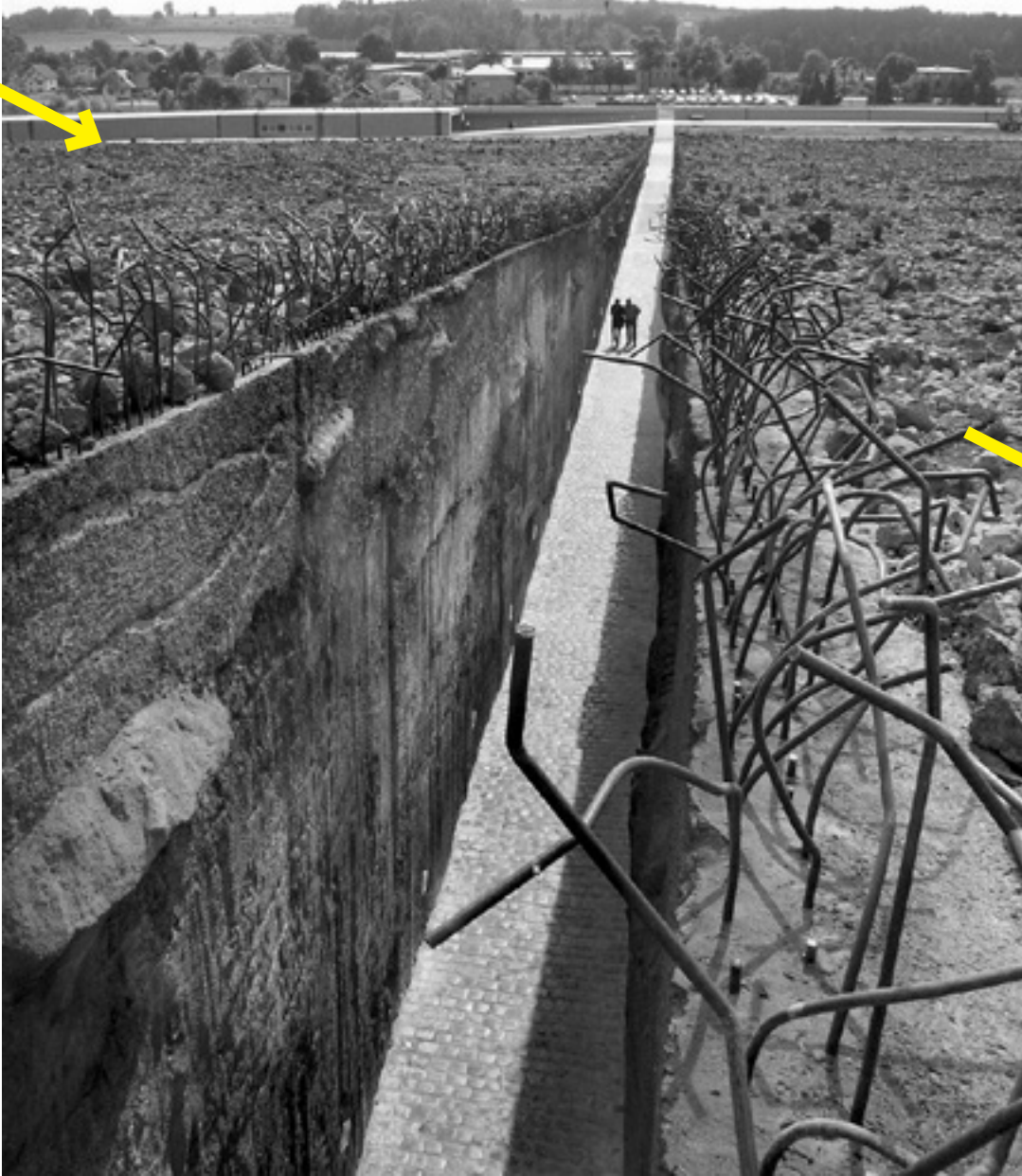
der Stelle errichten, an der Flüchtende aus dem Mordlager Sobibor erschossen wurden.

Der vierte Tag begann mit der Fahrt nach Izbica, das knapp 70 Kilometer südöstlich von Lublin entfernt liegt. Das ehemalige Shtetl Izbica, das vor Zeit des Zweiten Weltkriegs fast ausschließlich von Jüdinnen*Juden bewohnt war, diente ab März 1942 als Transit-Ghetto für deportierte Jüdinnen und Juden. Hier kamen viele Jüdinnen* Juden nicht nur aus dem Generalgouvernement, sondern auch aus Deutschland, der Slowakei, Österreich und Tschechien. Von hier wurden die Menschen, die das Ghetto nicht verlassen durften, in die naheliegenden Todeslager Bełżec und Sobibór gebracht. Die Deportierten aus beispielsweise Duisburg oder Frankfurt wurden auf die bereits von Einheimischen bewohnten Häuser in der Gemeinde verteilt, was aufgrund von Platzmangel und Lebensmittelknappheit zu Konflikten zwischen den Bewohner*innen führte. Unter ärmlichsten Verhältnissen, ohne Strom und fließend Wasser waren hier zwischenzeitlich 19.000 Menschen untergebracht, die meisten fanden keine Arbeit und viele starben an den katastrophalen Lebensbedingungen. Die erste Deportation in das Mordlager Bełżec erfolgte von hier am 24. März 1942. 2200 polnische Jüdinnen*Juden wurden deportiert. Das Ghetto wurde im November 1942 aufgelöst, die jüdischen Bewohner*innen kamen in die Todeslager Bełżec und Sobibór. Die 1000 im Ort verbliebenen Jüdinnen*Juden wurden auf dem jüdischen Friedhof erschossen und in Massengräbern verscharrt. Zum heutigen Tag leben in der Stadt keine Jüdinnen*Juden mehr. An die Zeit, in der Izbica als Transit-Ghetto fungierte, erinnert heute nicht einmal mehr der Bahnhof. Nur auf

dem ehemaligen jüdischen Friedhof, sieht man eine Gedenktafel sowie Grabsteine, die Angehörige der Opfer dort eigenständig platzierten.

Der Besuch der Gedenkstätte des ehemaligen Todeslagers Bełżec ist der abschließende Programmpunkt des vierten Tages. Zwischen März und Dezember 1942 wurden im ersten der drei Todeslager der „Aktion Reinhardt“ schätzungsweise 450.000 Menschen ermordet.

Der Ort Bełżec liegt weniger als eine halbe Stunde von der ukrainisch-polnischen Grenze entfernt. Die Tour startet auf dem Grundstück der ehemaligen Kommandantur, dessen Gebäude renoviert wurde, über den Bahnhof des Ortes Bełżec, wo die Deportierten ankamen. Augenzeugenberichte werden hier verlesen, denen zufolge man aus dem Zug heraus die Gefangenen des Todeslagers sehen konnte. Es wird auch von Fluchten berichtet, die sich auf der Zugfahrt zugetragen haben – manche von ihnen mit Erfolg. Ab 1942 kamen hier die Deportationszüge an, wo die Menschen in den Zügen auf dem Nebengleis stundenlang ohne Verpflegung warten mussten. Weiter geht es vorbei an zwei alten Backsteingebäuden, Teile des ehemaligen Bahnhofgeländes. Im Lokschuppen waren „selektierte“ Gefangene zum Arbeiten eingeteilt, sie mussten die Kleidung sowie das Gepäck und Wertgegenstände der Ermordeten sortieren. Vor dem Gedenkstätten-gelände befindet sich ein großer Parkplatz – einer Luftaufnahme von 1944 lässt sich entnehmen, dass sich hier der Bereich der Rampe befand. Beim Betreten des Lagers blickt man direkt auf ein großes Schlackefeld, das nun die Massengräber verschließt. Das Schlackefeld ist durch einen Weg in der Mitte in zwei Teile geteilt – die ehemalige Schleuse, durch die die Gefangenen in die Gaskammer gehen mussten.



Am Ende dieses Weges, dessen Mauern immer höher werden, befindet sich eine hohe Steinmauer, auf der auf Hebräisch, Polnisch und Englisch ein Zitat aus dem Buch Hiob geschrieben steht: „O Erde, decke mein Blut nicht zu, und mein Wehgeschrei finde keine Ruhestatt!“.

Ein paar wenige Bäume wachsen innerhalb des Schlackefelds. Sie standen bereits, als an diesem Ort das Todeslager Bełżec war und sind das einzige, was auf dem Areal von dieser Zeit übrig geblieben ist. Sie sind die stummen Zeugen der in Bełżec begangenen Verbrechen.

Die Gedenkstätte Majdanek, auf deren Fläche sich von Oktober 1941 bis Juli 1944 das Konzentrations- und Todeslager Majdanek befand, liegt in einem Vorort von Lublin. Das ehemalige Lager schließt direkt an die Stadt an. Mit dem Besuch der weltweit ersten Gedenkstätte eines ehemaligen Konzentrationslagers endete unsere Fahrt. In das KZ Majdanek wurden überwiegend Jüdinnen*Juden sowie Pol*innen als Gefangene beziehungsweise Zwangsarbeiter*innen eingeliefert. Im Gegensatz zu den Todeslagern der „Aktion Reinhardt“ kann man heute noch Teile des ehemaligen Lagers in der Gedenkstätte besichtigen: Sowohl die Gefangenenbaracken, als auch die Krematorien sowie Gaskammern sind heute noch erhalten. Der schnelle Vormarsch der Roten Armee im Sommer 1944 führte dazu,

dass die SS das Lager hastig verließ und die Gefangenenbaracken sowie die Gaskammern nicht zerstörten. In den verschiedenen restaurierten Baracken sind Ausstellungen zu sehen, wie beispielsweise über die Gefangenen in Majdanek: Hier sieht man die Gefangenenkleidung und persönliche ins Lager geschmuggelte Gegenstände sowie Berichte von Überlebenden. Auch Kunstobjekte sind auf dem Gelände zu sehen: Im Auftrag der SS und im Rahmen der perfiden Kunstaktion „Schmücke dein Heim“ schuf der polnische Künstler und damalige Gefangene Albin Maria Boniecki eine Schildkröten-Figur. Diese hatte für seine Mitgefangenen die Botschaft, während der Zwangsarbeit möglichst langsam zu arbeiten, um die eigenen Kräfte zu schonen. Das große Mahnmal am Eingang des ehemaligen Lagergeländes des Künstlers und ehemaligen Auschwitz-Gefangenen Wiktor Tołkin steht für das Tor zur Hölle aus Dantes „Göttlicher Komödie“. Ein langer Weg verbindet das Mahnmal mit dem Mausoleum, in dem sich die Asche der KZ-Gefangenen befindet, die nach der Befreiung auf dem Gelände gefunden wurde.

Hinter dem Mausoleum sind bis heute Exekutionsgräben zu sehen, bei der während der sogenannten „Aktion Erntefest“ am 3. November 1943 18.000 inhaftierte jüdische Zwangsarbeiter*innen erschossen wurden. In zwei weiteren

Arbeitslagern wurden zur selben Zeit weitere Jüdinnen*Juden ermordet, sodass im gesamten Distrikt Lublin um die 40.000 Jüdinnen*Juden dieser Massenerschießung zum Opfer fielen. Somit gilt sie als größtes Massaker, das von den Nationalsozialisten durchgeführt wurde. Zudem stellte diese Aktion den Abschluss der sogenannten Aktion Reinhardt da, der Distrikt Lublin galt ab November 1943 als „judenrein“, das Ziel der Nationalsozialisten in dieser Region als abgeschlossen. Die Massenerschießung erfolgte unter anderem aufgrund der Aufstände in Treblinka und Sobibor, auch hier kam es zu jüdischer Gegenwehr.

Während dieser fünf intensiven Tage der Gedenkstättenfahrt in Polen lernten wir viel über das Leben und Leiden der Jüdinnen*Juden im Generalgouvernement. Vor allem das Leben und Überleben in den Ghettos von Warschau oder Lublin stand dabei auch im Fokus. In den Gedenkstätten zu den ehemaligen Mordlagern Bełżec und Sobibór konnten wir in den Museen und auf den ehemaligen Lagerarealen viel über den Alltag und auch den Umgang mit der polnischen Bevölkerung vor Ort erfahren.

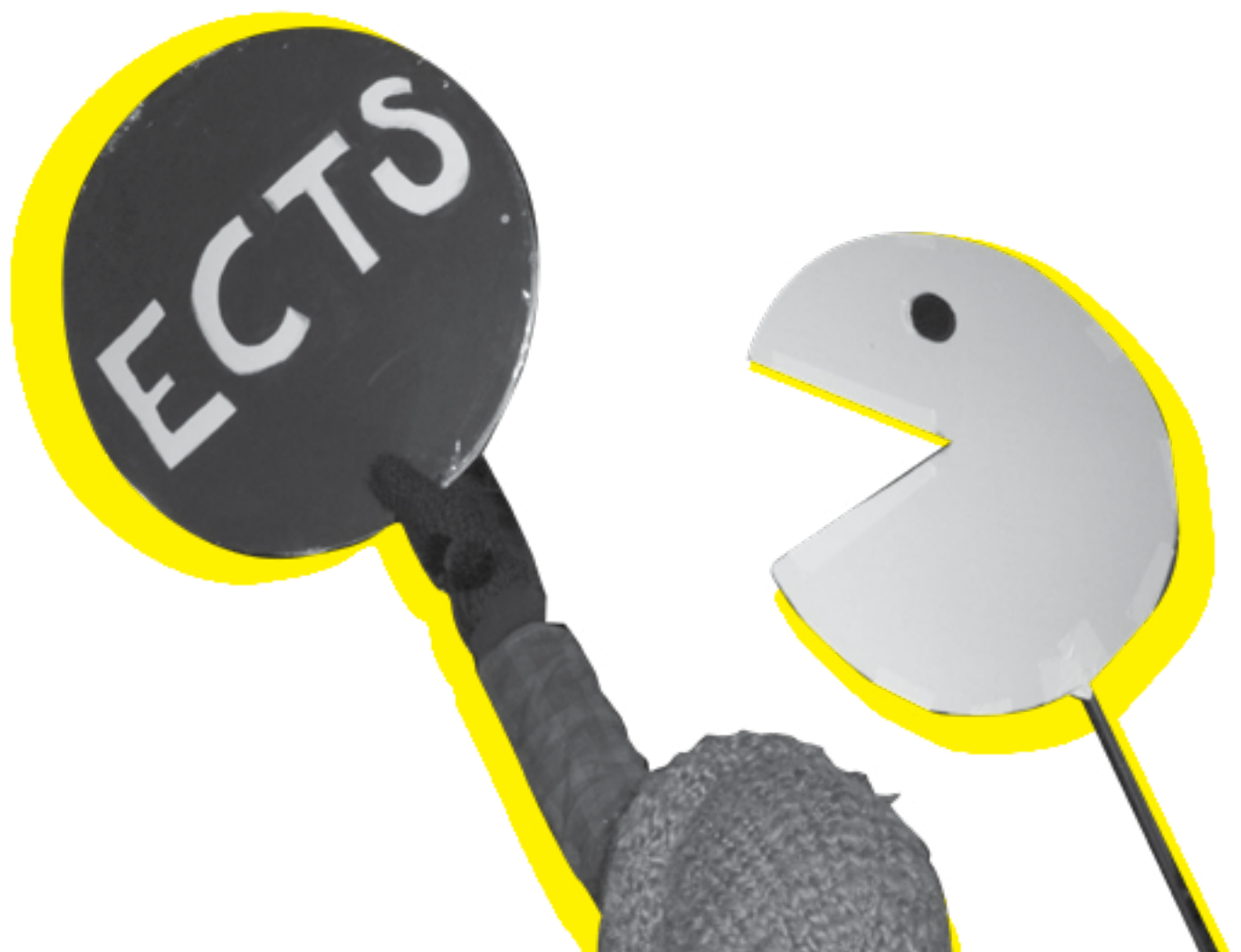
Jüdischer Widerstand fand an all diesen Orten statt: Sei es durch den Aufstand in Sobibór oder im Warschauer Ghetto, durch Fluchten während der Deportationen oder durch gegenseitige Hilfe in den Transit-Ghettos.

Die Gedenkstättenfahrt wurde von den Studierenden Leonie Wüst und Mona Müller in Kooperation mit Dr. Andreas Kahrs vom Bildungswerk Stanisław Hantz organisiert und durchgeführt und durch das Internationale Bildungs- und Begegnungswerk Dortmund GmbH, dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend sowie dem ASTA der Universität Frankfurt a. M. finanziert.

Organisierte Halbbildung

Nieder mit der neoliberalen Universität!

Wir müssen reden: Die Bologna-Reform hat das Studieren fundamental verändert. Doch seit dem Scheitern anfänglicher Proteste von Studierenden sind kritische Stimmen verstummt. Das muss sich ändern. Wir fordern euch deshalb auf, die digitalen Räume zu nutzen und unter [#OrganisierteHalbbildung](#) über eure Erfahrungen des Studiums unter gegebenen Verhältnissen zu twittern und sich zu organisieren.



Im April 2013 räumte die Polizei die letzte große Besetzung eines Universitätsgebäudes in Frankfurt. Das „Institut für vergleichende Irrelevanz“ war ein Autonomes Zentrum mit überregionaler Bedeutung und stand unter dem Motto „Theorie, Praxis, Party“. Zehn Jahre später gibt es solche Räume nicht mehr, dabei wären sie notwendiger denn je. Zu studieren bedeutet für Viele immer noch die „beste Zeit des Lebens“ zu haben, mit langen Nächten, viel Freizeit und Selbstbestimmtheit – ein Idealbild, das sich hartnäckig hält. Die hingegen, die studieren, erzählen Anderes: Wenn sich die erste Begeisterung über die vielen neuen Möglichkeiten und Begegnungen erstmal gelegt hat und die ersten Wochen des Studiums geschafft sind, schleicht sich schnell ein gewisses Unbehagen ein.

Was wir für ein Studium treiben? Es treibt uns.

Das Unbehagen beruht auf dem Stundenplan, der entweder komplett von der Uni vorgegeben oder durch streng reglementierte Modularisierung und geringe Auswahl an Seminaren wenig selbstbestimmt ist. Auf den überfüllten Seminaren, die in schlecht ausgestatteten Räumen stattfinden und meist mehr den Charakter von verschultem Frontalunterricht als von Lernen in freier Diskussion haben. Auf der Betreuung durch Dozierende, die wenig Zeit und Engagement haben und finden, verursacht durch die Verschlankung der Lehre, verbunden mit prekären Arbeitsverträgen und einer Forderung nach stetiger Erbringung von Forschung. Das Unbehagen ruht auf der versprochenen und nicht vorhandenen Freizeit, die dank enorm gestiegener Lebenshaltungskosten für Studierende und einem lächerlich schlecht ausgestalteten BAföG, das mindestens einen Nebenjob zwingend notwendig macht, eine Utopie bleibt. Auf den Semesterferien, die voll mit Prüfungen und Abgaben sind, wenn nicht das nächste Pflichtpraktika oder sonstige Vorbereitungen auf den Arbeitsmarkt anstehen. Denn er ist das einzige Ziel des Studiums und wartet schon nach drei, bei einem Master nach fünf Jahren Regelstudienzeit auf Studierende mit ausgeklügeltem Lebenslauf und zielgenauen Vorstellungen, um den „Spaß“ des Studierens zu beenden.

Forscht man nach den Ursachen für diese doch frappierenden Unterschiede zwischen dem bis heute vorherrschenden Idealbild des Studiums und den aktuell realen, prekären Studienbedingungen sowie den Problemen des modernen Universitätsbetriebs, stößt man schnell auf die Bologna-Reform. Diese Reform, im Jahr 1999 durch die Unterzeichnung der Bologna-Erklärung durch die Mitgliedsstaaten der EU angestoßen, hat die Schaffung eines gemeinsamen europäischen Hochschulraums zum Ziel. Ganz im Sinne des in den 70ern erstmals aufkommenden

Neoliberalismus sollte so die Mobilität in der Wissenschaft erhöht sowie die Vergleichbarkeit von Abschlüssen und arbeitsmarktbezogenen Qualifizierungen verbessert werden, um die Hochschulen in der EU international wettbewerbsfähiger zu machen.

ECTS, ERASMUS und Co

In Deutschland, wie in vielen anderen Staaten der EU auch, beinhaltet die Umsetzung der Bologna-Reform vor allem die folgenden Punkte: Ein zweigliedriges Studium, also die Einführung des Bachelor- und Mastersystems, ein Leistungspunktesystem (ECTS), ständige Maßnahmen zu Qualitätssicherung, auch als Evaluationen bekannt, sowie dem Ausbau des EU-Austauschprogramms ERASMUS. Dazu kamen weitere Entwicklungen, die nicht direkt unter die Bologna-Reform, aber unter die neoliberale Umstrukturierung des Hochschulwesens gefasst werden können. Hierzu gehören der Rückgang der dauerhaften staatlichen Geldflüsse bei gleichzeitigem Ausbau von Finanzierungsstrukturen, die an Laufzeiten und Auflagen gebunden sind. Das bedeutet: Es gibt weniger kalkulierbare Mittel und die Gelder, die fließen, werden ungleich und wettbewerbsförmig verteilt. Auch die Einführung der sogenannten „Exzellenz“-Initiative, der Abbau von Stellen im akademischen Mittelbau sowie das Wissenschaftszeitvertragsgesetz, dessen verheerenden Folgen für den akademischen Nachwuchs über Twitter unter #IchBinHanna bekannt wurden, zählen dazu.

Die Konsequenzen der Bologna-Reform und ihre neoliberalen Begleiterscheinungen, insbesondere die zunehmende Einschränkung der Lehr- und Studienfreiheit sowie die mangelhafte Finanzierung der Hochschulen, spürt, wer heute studiert. Viel Kritik an diesen Verhältnissen ist allerdings nicht zu hören. Dabei waren die Proteste zu Beginn der Implementierung der Bologna-Reform noch durchaus lautstark und zahlreich. Auf dem Höhepunkt des bundesweiten Bildungsstreiks im Jahr 2009, der sich explizit gegen die Auswirkungen des Bologna-Prozesses richtete und weniger Verschulung, die Abkehr vom Fokus auf rein ökonomische Kriterien sowie die Verbesserung der Lehrbedingungen forderte, nahmen circa 270.000 Studierende und Schüler*innen teil. Auch an der Frankfurter Goethe-Universität wurde im Zuge dessen unter anderem das Casino-Gebäude von Studierenden besetzt.

Einsprüche und Bildungsstreiks

Nicht nur Studierende, auch andere Bereiche der Hochschulen leisteten Widerstand. So verfasste in Frankfurt schon im Jahr 2005 eine Gruppe von Pädagog*innen und Hochschullehrer*innen die „Einsprüche gegen die technokratische Umsteuerung

des Bildungswesens“, die in der Öffentlichkeit auf breite Zustimmung stießen. Kritisiert wurden auch hier die Orientierung an betriebswirtschaftlichen Mustern in Schulen und Universitäten, die Beschränkung der Hochschulautonomie durch die Orientierung an messbaren Output-Kriterien und regulierten Leistungsstandards sowie die Aushöhlung universitärer Studiengänge durch die zunehmende Verschulung.

Doch trotz der breiten Kritik an der Umsetzung der Bologna-Reform und ihrer Folgen hat sich bis heute bis auf einige wenige kosmetische Änderungen sowie lokal begrenztem Widerstand gegen einige Landeshochschulgesetzreformen wenig getan. Der neoliberale Umbau der Hochschulen schreitet weiter voran und wird mittlerweile kaum noch hinterfragt. Der Versuch einer Wiederauflage des Bildungsstreiks im Jahr 2014 scheiterte krachend und erregte kaum noch Aufmerksamkeit. Seitdem ist es still geworden um die Bologna-Reform, spätestens die Corona-Pandemie hat – obwohl sie die Missstände an den Hochschulen besonders deutlich zeigte – durch die Vereinzelung der Studierenden ihre Politisierung verhindert oder in ihren Anfängen erstickt.

Widerspenstige Praktiken

Dabei gab es auch während und nach der Bologna-Reform durchaus Beispiele, wie Universitäten und Studieren anders gedacht und umgesetzt werden könnten. In Frankfurt zeigte das 2003 von Studierenden gegründete „Institut für vergleichende Irrelevanz“ auf, dass selbstorganisiertes Lernen und Lehren, Forschen und Feiern möglich ist. Hier gab es Seminare und Vorträge, Workshops und Kongresse zu den unterschiedlichsten Themen, die „Gegen-Uni“ war Programm.

Wir als Kollektiv *Organisierte Halbbildung* fordern, dass es wieder mehr Raum für Diskussionen darüber braucht, wie Universitäten und unsere Studienbedingungen gestaltet werden sollen. Es muss wieder mehr Möglichkeiten geben, die die eigenen Schwierigkeiten im Studium mit einer systemischen Kritik an den Verhältnissen verbinden zu können. Die Bologna-Reform und der die neoliberalisierten Hochschulen müssen kritisch diskutiert und Universität neu gedacht werden. Deswegen fordern wir euch auf, die uns vorhandenen digitalen Räume zu nutzen und unter #OrganisierteHalbbildung über eure Erfahrungen des Studiums unter neoliberalen Verhältnissen zu twittern, sich auszutauschen und zu organisieren. Bildet euch, bildet andere, bildet Banden. Ob auf Twitter oder im Seminar, es wird Zeit, die Missstände des Universitätssystems wieder auf die Tagesordnung zu setzen.

Die junge Protestbewegung im Iran

Elite Studierende der Sharif Universität lehnen sich gegen das Mullah Regime auf!

Ein Kommentar von Farzaneh Irani

An der Sharif-Universität im Iran zu studieren, bedeutet zur den Elite-Studierenden des Landes zu gehören. Die Elite-Universität mit technisch-mathematischen Schwerpunkt hat strenge Aufnahmebedingungen. Intereressent:innen arbeiten oft jahrelang darauf hin, hier aufgenommen zu werden. Wer es hierher schafft, dem stehen weltweit Türen offen. Beispielweise studierte hier Maryam Mirzakhani, die erste Frau der Geschichte, die 2014 die Fields Medaille erhielt - die weltweit höchste Auszeichnung in der Mathematik. Ein Abschluss Studium an der Sharif-Universität gehört also zu eines der wenigen Möglichkeiten, sich, vor allem außerhalb des Irans, ein besseres Leben zu ermöglichen. Denn junge Menschen haben keine Zukunft in diesem - von religiöser Diktatur und Korruption beherrschten - Land.

Als die Gruppe Studierenden der Sharif-Universität sich Anfang Oktober 2022 entschieden gegen das kriminelle, korrupte Regime im Iran zu protestieren, riskierten Sie genau dies - die Chance auf ein besseres Leben. Zeitgleich brachten sie ihr eigenes Leben in Gefahr. Was die Studierenden forderten, war die Freilassung ihrer Kommiliton*innen, die Tage zuvor gegen das islamische Regime protestiert und nun in berüchtigten Foltergefängnissen gefangen gehalten wurden. Sie hatten genug von dem islamischen Regelwerk, der Korruption durch die Mullahs, der landesweiten Armut, Unterdrückung, und

den vielen Hinrichtungen junger und vor allem politischer Aktivisten. Der Iran gilt nach China als das Land mit der höchsten Hinrichtungsrate. Selbst Minderjährige werden hier zum Tode verurteilt. Dem Regime war dieser Protest ein Dorn im Auge. Schließlich hat die Sharif-Universität eine Vorbildfunktion. Die Antwort erfolgte daher prompt: In der Nacht zum 3. Oktober 2022 wurden die Studierenden der Sharif-Universität von Sicherheitskräften und Milizen des Regimes eingekesselt und verprügelt. Es fielen Schüsse. Die Zahl der Verletzten ist unbekannt. Auch Professoren sollen geschlagen worden sein. Augenzeugen berichten, wie Studierende festgenommen und in Autos ohne Kennzeichen verschleppt wurden. Ihr Aufenthaltsort gilt seitdem als unbekannt und ihr Schicksal ist ungewiss. Sie sind in großer Gefahr. Offiziell wurden 60 Studierende der Sharif Universität verhaftet. Vermisst werden jedoch mehr. Eltern der vermissten Studierenden stehen seitdem jeden Tag verzweifelt vor den Gefängnissen der Stadt - wie dem Evin Gefängnis- in der Hoffnung auf ein Lebenszeichen. Wie mit Gefangenen in solchen, vom Regime geführten, Gefängnissen umgegangen wird, ist hinlänglich bekannt: Unter Folter werden besonders politische Aktivisten Geständnisse schwerer Verbrechen abgerungen, um sie später in willkürlichen Gerichtsverfahren und häufig ohne anwaltlichen Beistand zu Tode oder sehr langen Gefängnisstrafen zu verurteilen. Letzteres ist häufig auch der sichere Tod, da die Betroffenen oftmals, aufgrund der schlimmen Bedingungen, regelmäßigen Folter und fehlenden medizinischen Versorgung den Gefängnisaufenthalt nicht überleben.

Landesweit protestieren Iranerinnen und Iraner seit Wochen gegen das islamische Regime. Auch an anderen

Universitäten und Schulen Irans gibt es derzeit Proteste. Der Iran ist ein erdöl- und rohstoffreiches Land. Es wird jedoch seit über 40 Jahren von Mullahs regiert, die es in Misswirtschaft getrieben haben und sich seitdem durch systematische Korruption und massiver Unterdrückung der Bevölkerung an dem rohstoffreichen Land bereichern. Schätzungen zufolge leben 80 % der Menschen im Iran unter der Armutsgrenze. Die Inflation ist sehr hoch. Eine Familie kann sich keine zwei Omeletts am Tag leisten. Viele junge Menschen im Iran bleibt nichts anders übrig als ihre Nieren zu verkaufen. Schätzungsweise leben mindestens 200.000 Kinder auf der Straße. Sie sind gezwungen jede Art von Arbeit anzunehmen, um ihre Familien zu ernähren. Viele von ihnen werden für 15-20 Dollar an Menschenhändler verkauft.

Die landesweiten Proteste im Iran sind seit September 2022 durch den Tod der jungen kurdischstämmigen Iranerin Mahsa Amini angefacht worden. Sie wurde, während eines Teheran-Besuches, aufgrund vermeintlich „unislamischer“ Bekleidung von Milizen des Regimes in Teheran zu Tode geprügelt. Seitdem wird Die Protestbewegung (unter dem Motto: „Frau-Leben-Freiheit! / jin jiyān azadi!“) besonders von mutigen Frauen getragen. Sie verbrennen ihre vom islamischen Regime auferlegten Kopftücher und fordern Freiheit und das Ende des islamischen Regimes. Besonders junge Menschen solidarisieren sich und stehen seitdem auf den Straßen. 90% der Protestierenden sind unter 25 Jahre alt. Die Proteste weiten sich immer weiter aus. Das islamische Regime reagiert mit voller Härte auf die Proteste: Wahllös werden wehrlose Demonstrant:innen geschlagen, verhaftet oder direkt erschossen. Gewalt, Terror und Hinrichtung sind die einzigen Mittel, die dieses Regime kennt.



**Jin
Jiyan
Azadî**

Häufig wird das Internet abgeschaltet, um Demonstrant:innen an der Kommunikation zu hindern und Nachrichten über die Gräueltaten des Regimes nicht nach außen dringen zu lassen.

Die Medien hierzulande berichten recht verhalten über die zunehmende Protestbewegung und die damit verbundenen Menschenrechtsverletzungen im Iran. Außenministerin Baerbock hat sich erst nach hohem öffentlichen Druck zu den Protestierenden geäußert und ihre Solidarität mit den Frauen zum Ausdruck gebracht. Hintergrund dieser schmallippigen Bekenntnisse ist auch die Angst der Bundesregierung die Atomverhandlungen gefährden zu können. Schließlich könnte ein Erfolg dieser Verhandlungen, den Zugang zu riesigen iranischen Gasfeldern eröffnen. Dies jedoch ein äußerst fragwürdiges Vorhaben, schließlich darf der Wohlstand in Deutschland, trotz Gas-krise, nicht auf Kosten der verzweifelten Menschen im Iran verwirklicht werden. Mit Terroristen und Massenmördern wie dem islamischen Regime im Iran darf nicht verhandelt werden. Wenn die Bundesregierung die Würde des Menschen achten und sich wirklich solidarisch mit den Menschen im Iran zeigen möchte, könnte sie viel mehr tun. Schließlich gilt Deutschland in Europa als wichtigster Handelspartner für das islamische Regime. Den Handel mit dem Iran zu stoppen, würde das Regime also sehr schwächen. Atomverhandlungen mit dieser Regierung dürfen nicht stattfinden. Ein weiteres klares Zeichen, wäre den iranischen Botschafter auszuweisen und das seit Jahren in der Kritik stehende Islamische Zentrum Hamburg (IZH), welches als verlängerter Arm des islamischen Regimes agiert, zu schließen und jede Zusammenarbeit mit Regime-befürwortenden Berater:innen zu beenden! Zudem sollten keine Abschiebungen mehr in den Iran vorgenommen werden.

Ein schwedisches Gericht setze vor Kurzem ein klares Zeichen gegen die völkerrechtsverletzenden Verbrechen des islamischen Regimes im Iran. Dort wurde Hamid Nouri, ein ehemaliger Handlanger des heutigen Präsidenten Raisi (auch Blutrichter genannt) zu lebenslanger Haft

verurteilt, da er maßgeblich an Massenhinrichtungen und Folter politischer Gefangener im Jahr 1988 beteiligt war. Auch in Deutschland gebe es die Möglichkeit Anhänger:innen des islamischen Regimes die Einreise zumindest zu verweigern und ihre Gelder einzufrieren.

Öffentliche Aufmerksamkeit ist das wichtigste Mittel, um den Kampf gegen die Mullahs im Iran zu gewinnen. Daher war es mir ein Anliegen als Exil-Iranerin diesen Text zu verfassen.

Jede Unterstützung in Deutschland gibt den Menschen im Iran eine Stimme und Mut. Die Menschen dort hören uns! Das Thema muss daher mehr in die Öffentlichkeit und Presse getragen werden.

Um den Protestierenden zu helfen, kann man folgendes tun:

- ▶ Regelmäßige Teilnahme an Demonstrationen in Deutschland (Termine findet sich im Internet, auf den Seiten des Ordnungsamtes oder auf change.org/novemberproteste)
- ▶ Bewusste Aufforderung (z.B. via E-Mail/Twitter/Facebook/Instagram) von Abgeordneten, Vertreter:innen der Bundesregierung und Pressevertreter:innen ein klares Zeichen gegen das terroristische Regime in Iran zu setzen (kein Handel mit dem Iran, keine Aufnahme des Atomabkommens, Schließung aller Botschaften

und Konsulate der islamischen Republik Iran, Schließung des IZH, keine Abschiebungen in den Iran). Die Bundesregierung muss sich zudem verstärkt dafür einsetzen, dass politische Gefangene und Demonstrant:innen – wie die Studierenden der Sharif-Universität – wieder freigelassen werden. Jeder Druck wirkt!

- ▶ Gegen die Netzsperrung kann man den Menschen im Iran ebenfalls helfen, indem ein Snowflake auf dem Rechner installiert oder aktiviert wird: <https://snowflake.torproject.org/> Dies hilft Menschen die Internetsperre zu umgehen.

Das islamische Regime stand seit 40 Jahren bisher noch nie so sehr mit dem Rücken zur Wand wie jetzt. Die Proteste im Iran nehmen immer weiter zu. Wenn der öffentliche Druck auf die Regierungen und Presse im Ausland stark genug sind, kann das islamische Regime den Protesten immer weniger standhalten und wird fallen.

Wir alle können etwas dafür tun.

Farzaneh Irani



AUTOVERMIETUNG AN DER UNI FRANKFURT

Das KFZ-Referat («Kraftfahrzeug-Referat») existiert seit 1960 an der Universität Frankfurt. Es wurde vom Allgemeinen Studentenausschuss (AStA) gegründet, um den Studierenden preiswerte Umzugstransporter zur Verfügung zu stellen.

Im Jahr 2003 wurde das KFZ-Referat privatisiert und vermietet seine Transporter heute auch an Nicht-Studierende. Mit dem AStA der Johann Wolfgang Goethe-Universität besteht ein umfangreiches Kooperationsabkommen. Die Fahrzeuge – Mercedes Sprinter und Ford Transit – sind Transporter für Umzüge, Kleintransporte und Einkaufsfahrten.

Besonders günstig sind Anmietungen im Vier-Stunden- oder Nachttarif an Werktagen. Bei Anmietungen am Wochenende empfehlen wir rechtzeitige Reservierung bzw. Buchung.

Studierende der Goethe-Uni erhalten gegen Vorlage des Studierendenausweises einen Studierendenrabatt von 20 % auf den Mietpreis.

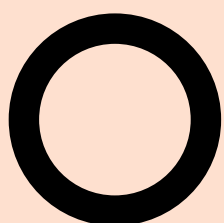
Unsere Fahrzeuge und Tarife finden Sie auch im Netz unter: www.kfz-referat.de

Frankfurt Bockenheimer Landstraße 133

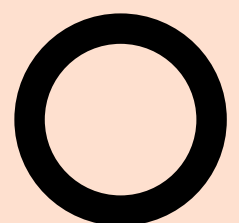
Mo – Fr 8.30 bis 18.00 Uhr; Tel: 069/705469



WWW.KFZ-REFERAT.DE



069/79823048



Nachruf



Ich fange an so was zu begreifen. Sterben – Sterben –

Es darf ja Alles leben, Alles, die kleine Mücke da, der Vogel.
– Warum denn er nicht? Der Strom des Lebens müßte
stocken, wenn nur der eine Tropfen verschüttet würde.
Die Erde müßte eine Wunde bekommen von dem Streich.

Es regt sich Alles, die Uhren gehen, die Glocken
schlagen, die Leute laufen, das Wasser rinnt und
so so alles weiter bis da, dahin – nein! es darf nicht
geschehen, nein – ich will mich auf den Boden setzen
und schreien, daß erschrocken Alles stehn bleibt, Alles
stockt, sich nichts mehr regt.

(Georg Bücher, Dantons Tod)

Mit tiefster Betroffenheit reagieren wir auf den Tod
von unserem Freund, Kommilitonen und Genossen

Nicolas Reichert.

Er hat sich am Abend des 28.09. entschieden, sein Leben zu beenden. Ihn zu verlieren schmerzt uns und lässt uns mit Trauer, Wut und Schuldgefühlen zurück.

Wir werden ihn aber nicht nur aus persönlichen Gründen vermissen, er wird der Universität auch aufgrund seiner politischen und wissenschaftlichen Arbeit fehlen:

Nico studierte bis 2019 im Bachelor Politikwissenschaft an der Ludwig-Maximilians-Universität München. Anschließend studierte er an der Goethe-Universität Frankfurt Politische Theorie und seit 2021 zusätzlich im Master Soziologie und absolvierte das Zertifikat des Cornelia Goethe Centrums in Gender Studies. Zusätzlich gab er im vergangenen Semester ein autonomes Tutorium zum Historikerstreit in Frankfurt sowie in Darmstadt. In dieser Woche hätte er begonnen, ein Tutorium am Fachbereich zu geben.

Sowohl in München als auch in Frankfurt engagierte er sich in der Fachschaft. In Frankfurt war er außerdem gewähltes Mitglied im Fachbereichsrat des Fachbereiches 03 – Gesellschaftswissenschaften. Im Juli 2021 übernahm er das AStA-Referat für Studienbedingungen und brachte sich seitdem auch in fachbereichsübergreifende hochschulpolitische Diskussionen ein. In dieser Zeit setzte er sich mit sehr viel Sachverstand und Hartnäckigkeit für die Verbesserung der Studienbedingungen seiner Mitstudierenden ein. Mit ihm hat die Goethe-Universität einen wichtigen Teil der studentischen Selbstverwaltung verloren.

Nico bleibt uns ein Vorbild. Nicht nur wegen seiner klaren Überzeugungen, sondern auch darin, wie er für sie einstand. Unsere Trauer verbinden wir damit, in seinem Sinne weiterzukämpfen. Sein Tod hinterlässt eine große Lücke.

Wir sind dankbar für die gemeinsame Zeit,
die vielen gemeinsamen Erinnerungen und die Zusammenarbeit.

Unser Mitgefühl gilt seinen engen Freundinnen und
Freunden sowie seiner Familie.

Bei Gesprächsbedarf über Nico meldet euch gerne bei
studienbedingungen@asta-frankfurt.de

Falls ihr selbst Unterstützung braucht oder euch über das Thema austauschen wollt, meldet euch zum Beispiel bei <https://frans-hilft.de> oder folgenden Beratungsangeboten:

<https://agus-selbsthilfe.de/>

https://www.uni-frankfurt.de/120593878/Angebote_der_PBS

<https://www.swffm.de/beratung-service/psychosozialberatung/>

<https://nightlineffm.com>

<https://online.telefonseelsorge.de>

<https://www.bdp-verband.de/presse/pm/2020/bdp-corona-hotline-psychologische-beratung-in-corona-krisenzeiten.html>

<https://www.caritas-mannheim.de/hilfe-und-beratung/kinder-familien-und-frauen/psychologische-beratungsstelle/beratung-eb-corona>

<https://www.caritas.de/hilfeundberatung/onlineberatung/u25/>

<https://www.caritas.de/hilfeundberatung/onlineberatung/trauerberatung/trauerberatung>

ASTa

**Allgemeiner Studierendenausschuss
der Universität Frankfurt am Main**
im Studierendenhaus Bockenheim,
Mertonstraße 26–28, 60325 Frankfurt
Tel 069 798–23181
Fax 069 7020–39
e-mail info@asta-frankfurt.de
asta-frankfurt.de

Sekretariat Regine Nicoleit
im Studierendenhaus, Raum B2
Corona-Öffnungszeiten
Mo, Di, Do 10–12:30 Uhr
13:30–15 Uhr
Tel 069 798–23181
Fax 069 7020–39
e-mail info@asta-frankfurt.de

BERATUNG & HILFE

ASTa-Sozialberatung
derzeit nur online! Terminvereinbarung
für ein Telefon- oder Videogespräch über
soziales@asta-frankfurt.de

ASTa-Mietrechtsberatung
immer donnerstags 16–18 Uhr
im ASTa Haus (Random White House)
IG-Farben Campus; www.mhm-ffm.de

**DGB Campus Office -
Arbeitsrechtliche Anfangsberatung**
derzeit nur online! Terminvereinbarung
für ein Telefon- oder Videogespräch über
campusoffice@asta-frankfurt.de

**Fördermöglichkeiten
für Studierende mit Behinderung**
www.barrierefrei-studieren.de

Studentischer Projektrat
projektratunifrankfurt.wordpress.com
e-mail Projektrat.unifrankfurt@gmx.de

Wohnraum gesucht! — wohnraum-gesucht.de

Nightline Frankfurt
Mo, Mi, Fr 20–0 Uhr
Tel 069 798–17238
e-mail info@nightlineffm.com
nightlineffm.com

Goethe Law Clinic
im Seminarraum 1 des ESG Gebäudes auf dem
IG Farben Campus; Offene Sprechstunde
Fr 10–12 Uhr

**Psychosoziale Beratung des Studenten[sic!]
werkes**
im Beratungszentrum IG Farben Campus,
Hörsaalzentrum; Offene Sprechstunde
Di, Do 15–17 Uhr
Tel 069 798–349 05
e-mail psychosozialberatung@
studentenwerkfrankfurt.de

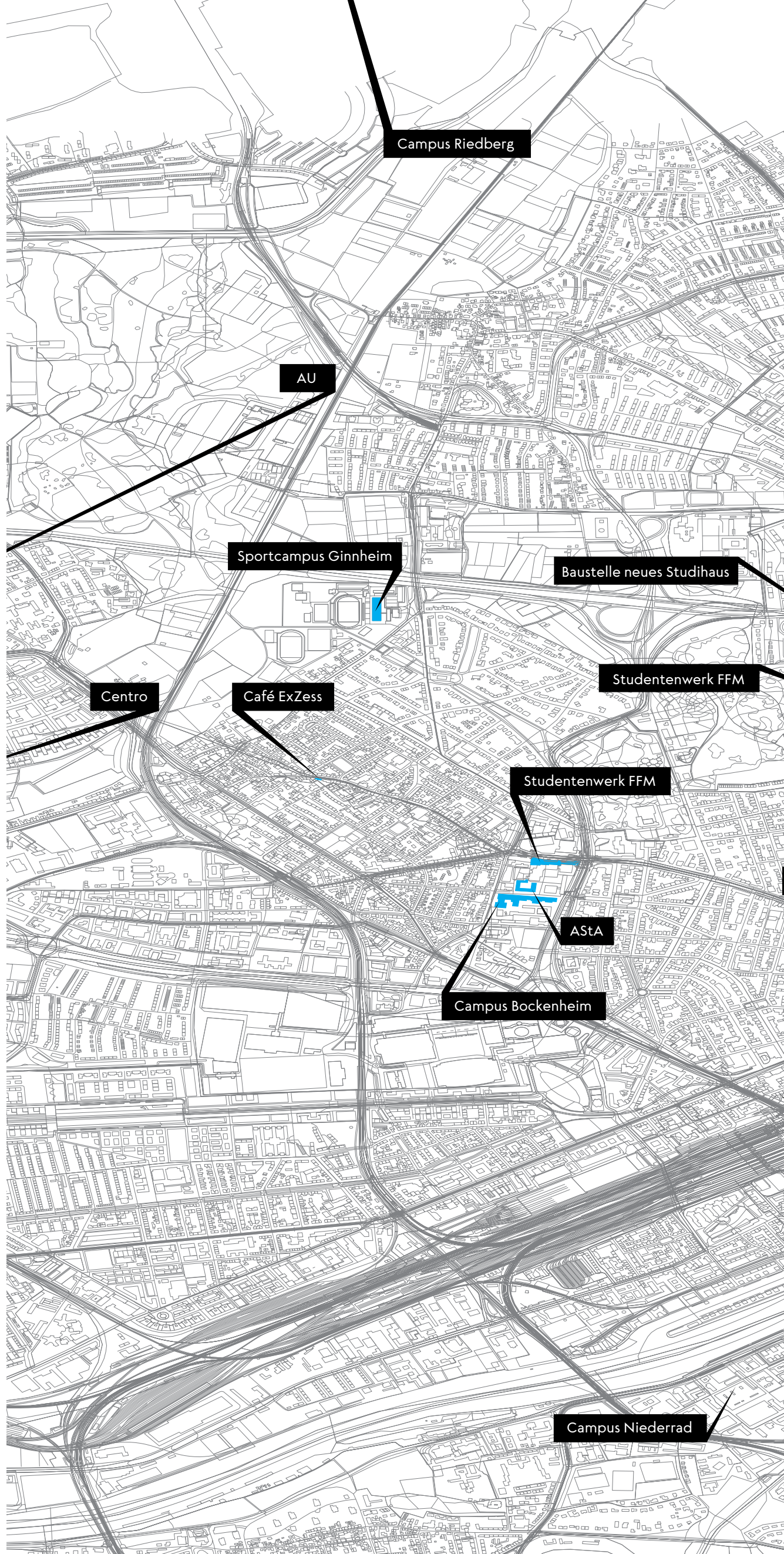
ASTa Awareness Struktur
e-mail awareness@asta-frankfurt.de
awareness.blogspot.eu

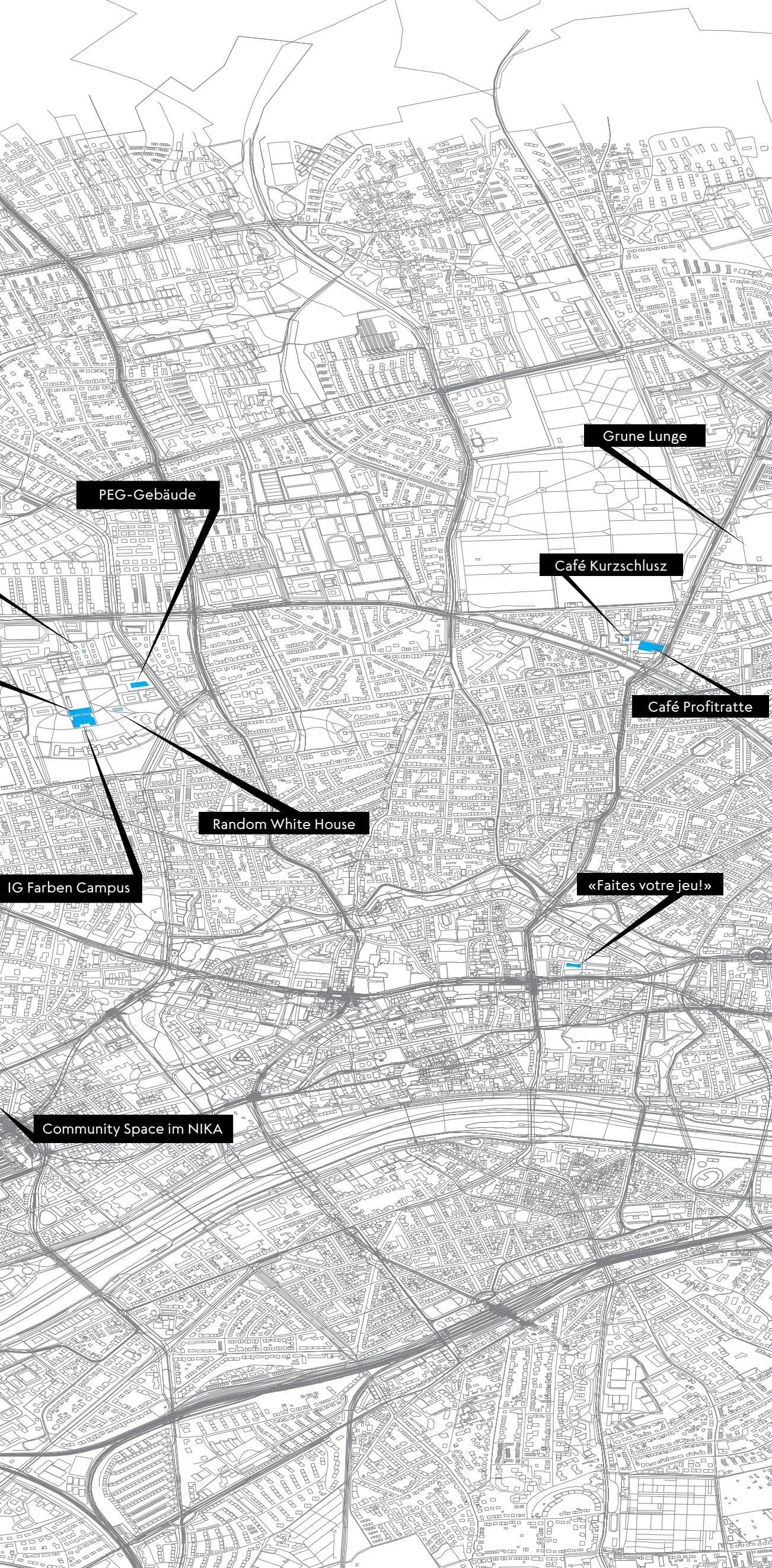
AUTONOME REFERATE

Autonomes AusländerInnenreferat
Tel 069 79825236
e-mail alrf@stud.uni-frankfurt.de

Autonomes Frauen*Lesben-Referat
http://aflr.blogspot.de / aflr@riseup.net
Tel 069-798 230 95

**Autonomes queerfeministisches
Schwulenreferat**
www.fs-gu.de
uni.frankfurterschwule@gmail.com
Tel 069 79823052





Autonomes Inklusionsreferat

inklusionunifrankfurt@gmail.com

Autonomes Elternreferat

Tel 0152 23535351 – eltern@asta-frankfurt.de

UNI-INITIATIVEN

Students for Future Frankfurt – twitter.com/sff_ffm

Initiative Studierender am IG-Farben Campus

initiativestudierenderamigfarbencampus.wordpress.de

Initiative Kritische Ökonomik

kritische-oekonomik.de

Halkyonische Assoziation

für radikale Philosophie, www.harp.tf

AK Kritische Jurist_innen der Uni Frankfurt

facebook.com/akjffm – akj-frankfurt@gmx.de

Hilfskraftinitiative Frankfurt

hilfskraftini-ffm@lists.riseup.net

Academic Experience Worldwide

www.aeworldwide.de

Goethe's Green Office – goethesgreenoffice.org

UTV – facebook.com/utvfrankfurt

youtube.com/utvfrankfurt

Unter_bau – Hochschulgewerkschaft, unterbau.org

SELBSTVERWALTETEN RÄUME DER UNIS

Random White House

randomwhitehouse@riseup.net

Philo-Café, IG 2.451

Café KOZ, Mertonstr. 26, im Studierendenhaus

Café Profitratte, Gleimstraße 2, FH Frankfurt

Campus Trinkhalle, am IG Farben Campus

Café Kurzschluss, Kleiststr. 5, Rotes Haus, FH Fr.

Café Anna Blume, IG 0.155

TuCa, PEG 1.G 208, IG Farben Campus

Fachschaftscafé Jura & WiWi,

RuW 1.127, IG Farben Campus

STADTPOLITISCHE INITIATIVEN

Project Shelter – www.projectshelter.net

Stadt für Alle – www.stadt-fuer-alle.net

Offenes Haus der Kulturen – Initiative für die Nachnutzung des Studierendenhauses Bockenheim als selbstveraltetes Zentrum, ohdk.de)

Initiative Social Hub – Initiative für ein Stadtteilzentrum in Bockenheim, social-hub.cc

AUTONOME ZENTREN

IVI – Institut für vergleichende Irrelevanz

zur Zeit ohne Wohnsitz – www.ivi.copyriot.com

«Faites votre jeu!» im ehemaligen Gefängnis »Klapperfeld« Klapperfeldstraße 5, 60313 Frankfurt, – www.klapperfeld.de

Café ExZess Leipziger Straße 91, 60487 Frankfurt – www.cafe-exzess.tk

AU in der Au 14-16, 60489 Frankfurt

www.au-frankfurt.org

Community Space im NIKA im Community Space des Hausprojektes NIKA sind regelmäßig Veranstaltungen und Ausstellungen.

Niddastraße 57, 60329 Frankfurt am Main

Grüne Lunge am Günthersburgpark, Bedrohte Gartenanlage mit politischen & alternativen Projekten. Schlinkenweg 60389 Frankfurt a. M.

Pupille e. V. – Kino in der Uni

jeweils um 20:15 Uhr, Eintritt 3€,

Campus Bockenheim, www.pupille.org

Campusradio DauerWelle – radiodauerwelle.de

Centro – Soziales Zentrum, Alt-Rödelheim 6



Überwintern: Kritik & Politik in Zeiten der Kälte

»In der anbrechenden Kälte der neuen Weltordnung müsste sich die subversive Theorie ihre geschichtliche Aufgabe aufs Neue aneignen, die darin besteht, immer dann das ganz Andere zu vergegenwärtigen, wenn die Aktualität der Revolution bis aufs weitere suspendiert worden ist. Dann ist die Zeit nicht so sehr der subversiven Aktion als der subversiven Theorie. Die Subversion ist eine Arbeit auf die Revolution hin, sie ist nicht die Revolution selbst – doch ist sie notwendig, um der Revolution behilflich zu sein in der schwierigen Zeit des Überwinterns.«⁽¹⁾

— Johannes Agnoli

Deutsche Winter sind kalt. Sie sind grau. Sie sind trist. Und dieses Jahr könnte es noch schlimmer werden. Durch den Krieg, den Russland gegen die Ukraine führt, und den damit zusammenhängenden Wirtschaftssanktionen und Lieferengpässen, steigt nicht nur der Preis von Sonnenblumenöl. In der Politik spricht man mittlerweile von einer kommenden »Energiekrise«. Selbst wenn Gas noch erhältlich ist, wird es bald kaum noch zu bezahlen sein. Bei vielen sind die Mietnebenkosten dadurch bereits um das Dreifache gestiegen. Insgesamt

steigen die Lebenshaltungskosten um ein Vielfaches und die Ökonomen prophezeien bereits eine kommende Rezession. Die Krise wird vorhergesagt wie ein Schneesturm im Wetterbericht, sie erscheint so unabwendbar, wie das Hereinbrechen einer Naturkatastrophe. Und so schwören uns die ersten Politiker*innen bereits auf den nationalen Zusammenhalt ein: Nur zusammen könnten wir diese schweren Zeiten überstehen.

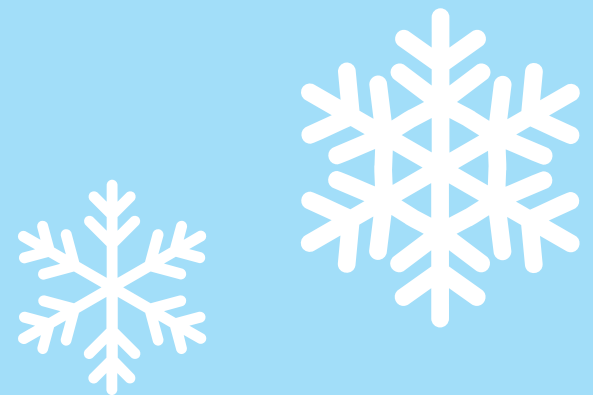
Eine Preissteigerung ist jedoch kein Naturphänomen. Preise steigen nicht wie Wasser zu Eis gefriert, sondern infolge politischer und ökonomischer Entscheidungen. Dort wo Protest am lautesten ertönt, erblickt man Regression und Verschwörungswahn. Jene, die hinter der Krise nur gierige Eliten oder Volksfeinde erblicken, verfallen demselben Fetisch wie die NationalökonomInnen, die mit ihren Theorien der angeblich naturgesetzlichen Warenwelt hinterherjagen.

Dass sich in diesen Zeiten kaum kritische Opposition regt, liegt nicht nur an dem Fehlen einer relevanten Linken Organisation, sondern auch an der zunehmenden Zurückdrängung einer kritischen Theorie der Gesellschaft. Dieses Jahr durften

Bitte beachtet dabei die Beschränkung auf 10 000 Zeichen. Eure Beiträge sowie Fragen könnt ihr uns per Mail an zeitung@asta-frankfurt.de bis zum 01.12.22 schicken.

wir mit zusehen, wie an der Goethe Universität die letzte Professur für Psychoanalyse aus dem Fachbereich Psychologie verdrängt wurde. Die Professur, bis zu seiner Emeritierung in diesem Jahr von dem Psychoanalytiker Tilman Habermas besetzt, wird nun verfahrensoffen ausgeschrieben. Das heißt, die Bewerber*innen mit höheren Publikationszahlen und mehr Drittmitteln haben die besten Chancen auf die Nachbesetzung. Psychoanalytische Forschung ist grundsätzlich aufwendiger und erfordert mehr Zeit, weshalb psychoanalytische Bewerber*innen weniger Chancen haben und es wahrscheinlich zu einer verhaltenstherapeutischen Nachbesetzung kommen wird. Insgesamt versucht sich die Psychologie der Naturwissenschaft anzugleichen: Psychische Vorgänge sollen im Sinne von Reiz-Reaktion Schemata durch positivistische Verfahrensweisen erklär- und vor allem nutzbar gemacht werden. Entsprechend haben ergebnisorientierte Therapieformen, wie die Verhaltenstherapie, wegen ihrer schnellen Symptomreduktion den Rückhalt der Krankenkassen. Langwierige und analytisch verfahrenende Therapieschulen sind eben nicht dafür geeignet, die Arbeitskraft schnellstmöglich funktionsfähig zu machen. Im Gegenteil geht es in der Psychoanalyse vielmehr darum, jene inneren Konflikte des Subjekts aufzudecken, die für dessen Leidensdruck ursächlich sind. Die psychische Zurichtung des Einzelnen wurzelt dabei notwendigerweise in dem Bruch zwischen Individuum und Gesellschaft. Insofern ist Psychoanalyse auch Sozialpsychologie, weshalb es nicht verwunderlich erscheint, dass sich die Kritische Theorie der Frankfurter Schule auf Freud berief.

Die Verdrängung der Psychoanalyse ist nur ein Beispiel für die Regression der kritischen Bildung aus der Universität. Sie ist gleichsam ein Phänomen



der bereits vollzogenen Ökonomisierung und Nutzbarmachung von Bildung und Wissenschaft. Zu Überwintern hieße in diesem Sinne also die radikale Kritik der Gesellschaft unter erschwerten Bedingungen weiterzuführen, auch wenn diese institutionell immer mehr Einengung erfährt. Nur so kann auch die Möglichkeit einer revolutionären Politik erhalten bleiben, die dem Credo treu bleibt:

»Es ist nicht warm, aber es könnte warm sein.«²

– Erich Fried

Eure Redaktion

1 Johannes Agnoli: Subversive Theorie. „Die Sache selbst“ und ihre Geschichte, Freiburg i/B, 1999, S. 226

2 Erich Fried: Bevor ich sterbe

Thema der nächsten Ausgabe

**Überwintern:
Kritik & Politik in
Zeiten der Kälte**